

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Im Blickpunkt: Der Mensch

Zahlen über das Leben
in der Bundesrepublik
Deutschland

Ausgabe 1980

03

424

Zum Inhalt

Die vorliegende Veröffentlichung ist eine aktualisierte und überarbeitete Fassung der erstmals 1974 erschienenen gleichnamigen Broschüre des Statistischen Bundesamtes. Mit Eckzahlen aus wichtigen Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik soll sie einen kurzgefaßten Überblick über die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland vermitteln. Aus der Fülle des statistischen Materials über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation mußte deshalb eine knappe Auswahl getroffen werden. Die Tabellen mit den jeweils neuesten Angaben sind – soweit wie möglich – mit Vergleichszahlen angereichert, textlich kommentiert und um graphische Darstellungen ergänzt worden. Zahlen in tieferer fachlicher, zeitlicher und regionaler Gliederung finden sich in den übrigen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes.

- 1** Staat, Wahlen, Parlament
- 2** Bevölkerung
- 3** Geburt, Ehe, Tod
- 4** Haushalt, Familie, Wohnung
- 5** Schul- und Berufsausbildung, Bildungsabschluss
- 6** Erwerbstätigkeit und Lebensunterhalt
- 7** Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
- 8** Einkommensbildung und -verteilung
- 9** Privater Verbrauch
- 10** Sparen und Vermögensbildung
- 11** Preise, Löhne, Gehälter
- 12** Ausstattung der Haushalte, Reisen
- 13** Kultur, Unterhaltung, Sport
- 14** Soziale Sicherung
- 15** Gesundheitswesen
- 16** Straffälligkeit

1

Staat, Wahlen, Parlament



Gebiet

Die Bundesrepublik Deutschland besteht aus den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, dem Saarland sowie Berlin (West). Aufgrund der Viermächtevorbehalte unterliegt die Anwendung des Grundgesetzes in Berlin (West) gewissen Einschränkungen.

Verwaltungsmäßig gliedern sich die 11 Länder nach dem Stand vom 30. 6. 1979 in 25 Regierungsbezirke, 327 kreisfreie Städte bzw. Landkreise und 8 502 Gemeinden. Mitte 1968 gab es noch 24 282 Gemeinden. Mit der Gebietsreform hat sich nicht nur die Zahl, sondern auch die Größenstruktur der Gemeinden erheblich verändert. So ging die Zahl der Gemeinden unter 1 000 Einwohnern von knapp

16 500 Mitte 1968 auf 3 141 Mitte 1979 zurück. Demgegenüber stieg die Zahl der Gemeinden mit über 5 000 Einwohnern im gleichen Zeitraum von 1 560 auf 2 052 an.

Mit einer Fläche von 248 652 km² steht die Bundesrepublik unter den Staaten Europas (die Türkei eingeschlossen) an elfter Stelle; hinsichtlich der Bevölkerungszahl wird sie nur durch die Sowjetunion übertroffen. Die längste Ausdehnung vom nördlichsten zum südlichsten Punkt beträgt 876 km und vom westlichsten zum östlichsten Punkt 627 km. Gemeinsame Grenzen bestehen mit Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Frankreich, der Schweiz, Österreich, der Tschechoslowakei und der DDR.

Von der Gesamtfläche der Bundesrepu-

blik entfallen 32 Prozent auf Acker- und Gartenland, 29 Prozent auf Wald, 21 Prozent auf Wiesen und Weiden sowie 18 Prozent auf bebaute Flächen, Binnengewässer, Ödland usw.

Verfassung, Parlament

Mit dem „Grundgesetz“ vom 23. Mai 1949 hat sich die Bundesrepublik Deutschland die Verfassung eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates auf parlamentarischer und föderalistischer Grundlage gegeben.

Die gesetzgebenden Körperschaften sind der Deutsche Bundestag und der Bundesrat. Dem Bundestag gehören 518 Abgeordnete an, darunter 22 aus Berlin (West) mit beratender Stimme. Im Bundesrat, über den die Länder an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitwirken, sind die insgesamt 45 Stimmen der Länderregierungen – darunter 4 beratende Stimmen von Berlin (West) – nach den Einwohnerzahlen gestaffelt.

Die Bundesregierung wird von SPD und F.D.P. gebildet, die im Bundestag über 264 Sitze gegenüber 254 der CDU/CSU-Opposition verfügen.

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe

Die Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen ist von 78,5 Prozent bei der Wahl des 1. Bundestages (1949) bis zum bisherigen Höchstwert von 91,1 Prozent bei der Wahl des 7. Bundestages (1972) gestiegen. 1976 lag sie bei 90,7 Prozent. Beim Vergleich ist zu berücksichtigen, daß das Wahlalter 1970 von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt wurde, was sich erstmals bei der Bundestagswahl 1972 ausgewirkt hat.

Die Gunst der Wähler hat sich seit 1949

mehr und mehr den großen Parteien zugewendet. Dem 1. Deutschen Bundestag gehörten noch 11 Parteien an. Seit 1961 sind nur noch die CDU (die im Bundestag mit der CSU eine gemeinsame Fraktion bildet), die SPD und die F.D.P. mit Abgeordneten im Parlament vertreten.

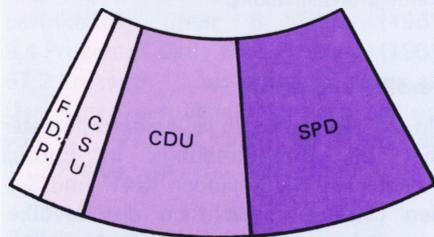
Die erste Direktwahl der insgesamt 410 Abgeordneten zum Europäischen Parlament (Wahlperiode 5 Jahre) fand in den neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften in der Zeit vom 7. bis 10. 6. 1979 statt. Wahltag in der Bundesrepublik Deutschland war der 10. 6. 1979; die Wahlbeteiligung lag bei 65,7 Prozent. Von den 81 deutschen Abgeordneten (darunter 3 für das Land Berlin vom Abgeordnetenhaus von Berlin (West) gewählt) gehören 34 der CDU, 8 der CSU, 35 der SPD und 4 der F.D.P. an.

Wahlbeteiligung und Stimmanteile bei den Bundestagswahlen und der Europawahl 1979

Prozent

Jahr	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf				
		SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Sonstige
Bundestagswahlen						
1949	78,5	29,2	25,2	5,8	11,9	27,8
1953	86,0	28,8	36,4	8,8	9,5	16,5
1957	87,8	31,8	39,7	10,5	7,7	10,3
1961	87,7	36,2	35,8	9,6	12,8	5,7
1965	86,8	39,3	38,0	9,6	9,5	3,6
1969	86,7	42,7	36,6	9,5	5,8	5,5
1972	91,1	45,8	35,2	9,7	8,4	0,9
1976	90,7	42,6	38,0	10,6	7,9	0,9
Europawahl						
1979	65,7	40,8	39,1	10,1	6,0	4,0

Sitzverteilung nach der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. 10. 1976



SPD 224 Sitze
 CDU 201 Sitze
 CSU 53 Sitze
 F.D.P. 40 Sitze

Wahl zum 8. Deutschen Bundestag am 3. Oktober 1976 Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht *)

Ungefähres Alter von ... bis unter ... Jahren	Wähler 1)					
	insgesamt			insgesamt		
	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	
	1 000			je 100 Wahlberechtigte		
18 – 21 . . .	1 756	895	861	84,1	84,9	83,2
21 – 25 . . .	2 208	1 124	1 084	82,9	83,0	82,9
25 – 30 . . .	2 862	1 432	1 430	86,5	86,3	86,8
30 – 35 . . .	2 723	1 355	1 367	89,2	88,8	89,7
35 – 40 . . .	3 887	1 963	1 924	91,5	91,0	92,0
40 – 45 . . .	3 245	1 629	1 616	92,7	92,8	92,6
45 – 50 . . .	3 119	1 557	1 562	93,6	93,9	93,3
50 – 60 . . .	5 230	2 221	3 010	93,8	94,8	93,0
60 und mehr .	9 034	3 604	5 430	91,1	93,2	89,7
Insgesamt . .	34 064	15 780	18 285	90,4	90,8	90,0

*) Ergebnis der repräsentativen Bundestagswahlstatistik.

1) Ohne Personen mit Wahlschein.

2 Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung					
Jahresende	Wohnbevölkerung			Einwohner je km ²	Frauen je 1 000 Männer
	insgesamt	männlich	weiblich		
	1 000			Anzahl	
1950	50 336	23 405	26 931	203	1 151
1960	55 785	26 173	29 612	225	1 131
1970	61 001	29 072	31 929	245	1 098
1975	61 645	29 382	32 263	248	1 098
1976	61 442	29 263	32 179	247	1 100
1977	61 353	29 217	32 136	247	1 100
1978	61 322	29 214	32 107	247	1 099

Wohnbevölkerung nach Altersgruppen				
Prozent				
Alter von ... bis unter ... Jahren	13. 9. 1950 ¹⁾	6. 6. 1961 ¹⁾	27. 5. 1970 ¹⁾	31. 12. 1978 ²⁾
unter 6	8,1	9,4	9,5	5,8
6 – 15	15,2	12,3	13,7	13,4
15 – 18	4,5	3,6	3,9	5,0
18 – 21	4,2	4,6	4,0	4,7
21 – 45	34,1	32,6	33,0	34,1
45 – 60	19,9	20,7	16,6	17,7
60 – 65	4,6	5,7	6,1	3,9
65 und mehr	9,4	11,1	13,2	15,3
Insgesamt	100	100	100	100

1) Ergebnis der Volkszählung. – 2) Ergebnis der Bevölkerungsfortschreibung.

Entwicklung der Wohnbevölkerung

In der Bundesrepublik Deutschland lebten Ende 1978 61,3 Millionen Menschen, darunter 4,0 Millionen (6,5 Prozent) Ausländer. Ende 1973 hatte die Einwohnerzahl mit 62 Millionen ihren bisherigen Höchststand erreicht, der um 12 Millionen über dem Vergleichswert für 1950 lag. Dieser Zuwachs war jedoch nur zum Teil auf den bis 1971 vorhandenen Geburtenüberschuß zurückzuführen. In der Hauptsache war er das Ergebnis der Zuwanderung: bis 1961 vor allem aus der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), ab 1964 insbesondere von ausländischen Arbeitnehmern.

1972 wurden zum ersten Mal mehr Sterbefälle als Geburten registriert. Der Geburtenrückgang, der sich in den folgenden Jahren verstärkte, wurde bis 1973

durch Zuwanderungen mehr als ausgeglichen. In den Jahren 1974 bis 1976 hingegen beeinflussten auch die Wanderungen die Bevölkerungsentwicklung negativ. Dies hing mit dem 1973 erlassenen Anwerbestop für ausländische Arbeitnehmer und dem verstärkten Fortzug von Ausländern zusammen. 1977 und 1978 hat die Gesamtbevölkerung nur noch durch den Sterbefallüberschuß abgenommen.

Bevölkerungsdichte

Mit 247 Einwohnern je Quadratkilometer liegt die Bundesrepublik in Europa – nach den Niederlanden (341) und Belgien (323) – hinsichtlich der Bevölkerungsdichte an dritter Stelle. Am höchsten liegt sie in den Stadtstaaten (Berlin 3 977, Hamburg 2 226, Bremen 1 729 Einwohner je km²), am niedrigsten in Niedersachsen und Bayern (152 bzw. 154 Einwohner je km²). In dem sinkenden

Anteil der Bevölkerung, der in Gemeinden bis unter 2 000 Einwohnern lebt (1970: 18,4 Prozent, 1978: 6,2 Prozent), zeigen sich vor allem die Auswirkungen der Gebiets- und Verwaltungsreformen. Der Bevölkerungsanteil von Klein- und Mittelstädten (10 000 bis unter 100 000 Einwohner) stieg im selben Zeitraum von 28,2 Prozent auf 39,5 Prozent.

Geschlechts- und Altersgliederung

Ende 1978 hatte die Bundesrepublik 29,2 Millionen (48 Prozent) männliche und 32,1 Millionen (52 Prozent) weibliche Einwohner. Mit dem Nachwachsen neuer Generationen, aber auch durch den Zustrom ausländischer Männer, hat sich das durch die Auswirkungen der beiden Weltkriege erheblich gestörte Zahlenverhältnis der Geschlechter weiter ausgeglichen. Während 1950 auf 1 000 Männer 1 151 Frauen kamen, waren es 1978 nur noch 1 099.

Der Altersaufbau in der Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch den wachsenden Anteil älterer Menschen bei rückläufiger Zahl der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen. Der Geburtenrückgang der letzten Jahre hat zu einer geringeren Besetzung der unteren Altersjahrgänge geführt. 1978 waren 5,8 Prozent der Wohnbevölkerung unter 6 Jahre (1961: 9,4 Prozent) und 65,4 Prozent (1961: 67,2 Prozent) 15 bis unter 65 Jahre alt. Der Anteil der über 65jährigen hat sich von 11,1 Prozent im Jahr 1961 auf 15,3 Prozent im Jahr 1978 erhöht.

Religionszugehörigkeit

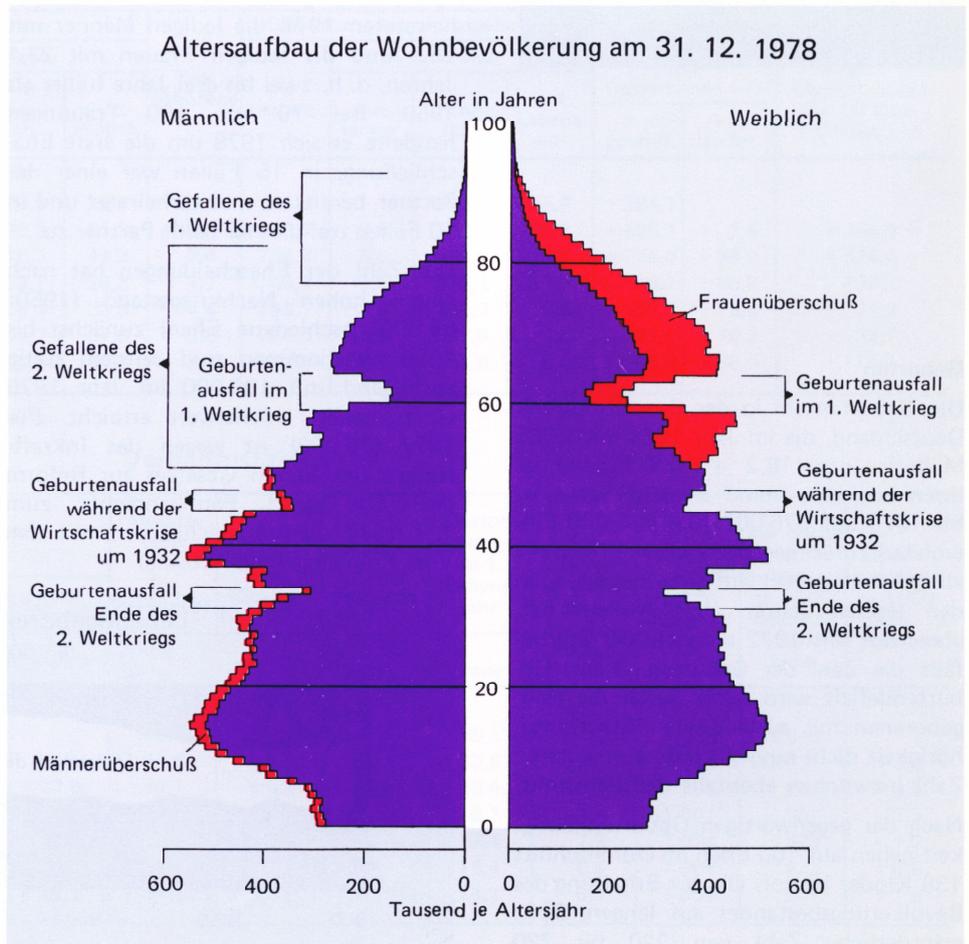
Die konfessionelle Gliederung der Bevölkerung ist durch die Zugehörigkeit zu den beiden großen christlichen Religionsgemeinschaften geprägt. 1970 waren 49 Prozent der Bevölkerung evangelisch

und 45 Prozent katholisch. Der evangelische Bevölkerungsanteil überwiegt im Norden, der katholische im Süden der Bundesrepublik. Vor allem durch den Zuzug von Ausländern hat sich der Anteil der Katholiken inzwischen erhöht.

Bevölkerungsvorausschätzung

Die längerfristige Bevölkerungsentwicklung läßt sich nur unter Vorbehalten anhand von Modellrechnungen mit Annahmen über die voraussichtliche Ent-

wicklung der Geburten und Sterbefälle abschätzen. Läßt man die Ausländer in der Bundesrepublik außer Betracht und unterstellt man, daß sich die Geburtenhäufigkeit des Jahres 1975 bis 1990 nicht wesentlich ändert und nur ein geringer Zuwanderungsüberschuß von Deutschen zu erwarten ist, so würde sich bis 1990 gegenüber 1976 ein zahlenmäßiger Rückgang der deutschen Bevölkerung um 3,0 Millionen auf 54,8 Millionen ergeben.



3

Geburt, Ehe, Tod

Geburten

Die Geburtenzahl in der Bundesrepublik Deutschland, die im Jahr 1964 mit 1,065 Millionen oder 18,2 je 1 000 Einwohner ihren höchsten Stand erreicht hatte, ist bis 1978 auf 576 000 (9,4 je 1 000 Einwohner) zurückgegangen. Obwohl sich die zunächst stark rückläufige Entwicklung in den letzten Jahren abgeschwächt hat, übersteigt seit 1972 die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten. Dieses Geburtendefizit wird auch durch die Neugeborenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nicht ausgeglichen, zumal deren Zahl inzwischen ebenfalls deutlich sinkt.

Nach der gegenwärtigen Geburtenhäufigkeit gehen aus 100 Ehen im Durchschnitt 138 Kinder hervor. Die zur Erhaltung des Bevölkerungsbestandes auf längere Sicht erforderliche Zahl von 220 bis 230

Kindern je 100 Ehen wird damit um mehr als ein Drittel unterschritten. Besonders stark hat in den letzten Jahren die Zahl der dritten und weiteren Kinder je Ehe abgenommen.

Eheschließungen und Ehescheidungen

Die Zahl der Eheschließungen, die u. a. auch vom Altersaufbau der Bevölkerung abhängt, geht seit 1963 zurück. Die Heiratshäufigkeit – gemessen an der Zahl der Eheschließungen je 1 000 Einwohner – ist in diesem Zeitraum von 8,8 (1963) auf 5,4 (1978) gesunken. Im Durchschnitt heirateten 1978 die ledigen Männer mit 25,9 und die ledigen Frauen mit 23,1 Jahren, d. h. zwei bis drei Jahre früher als 1950. Bei 75 von 100 Trauungen handelte es sich 1978 um die erste Eheschließung, in 15 Fällen war einer der Partner bereits einmal verheiratet und in 10 Fällen traf dies für beide Partner zu.

Die Zahl der Ehescheidungen hat nach einem hohen Nachkriegsstand (1950: 85 000 geschiedene Ehen) zunächst bis 1956 abgenommen und seitdem stetig ansteigend mit 108 000 im Jahr 1976 einen neuen Höchstwert erreicht. Für 1977 (75 000) ist wegen des Inkrafttretens des Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts zum 1. 7. 1977 die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren eingeschränkt.

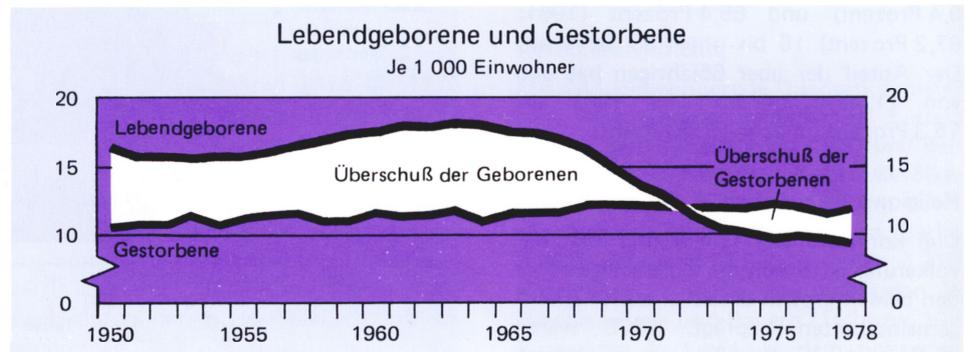
Von 10 000 bestehenden Ehen wurden 1976 69 Ehen geschieden; das waren fast doppelt soviel wie 1960 (36). Die höchste Scheidungshäufigkeit wurde 1976 nach dreijähriger Ehedauer (214 je 10 000 bestehende Ehen) erreicht. In mehr als jeder zweiten geschiedenen Ehe (58 Prozent) war 1976 mindestens ein minderjähriges Kind vorhanden.

Lebenserwartung und Sterblichkeit

1978 sind in der Bundesrepublik 723 000 Menschen gestorben, davon 355 000 männlichen und 368 000 weiblichen Geschlechts. Die Zahl der Sterbefälle lag damit um 147 000 höher als die der Geburten.

Veränderungen der Sterblichkeit lassen sich u. a. an der Lebenserwartung der Neugeborenen sowie an den Sterbeziffern (Zahl der Gestorbenen je 1 000 Einwohner) ablesen. Die Lebenserwartung der Neugeborenen hat sich innerhalb eines Jahrhunderts fast verdoppelt. Im Durchschnitt werden heute Männer 69, Frauen 76 Jahre alt. Die standardisierte Sterbeziffer, die Änderungen in der Bevölkerungsstruktur durch einheitliche Zugrundelegung der Geschlechts- und Altersgliederung von 1970 ausschaltet, lag 1978 bei 10,5 (1950: 13,6).

Der starke Rückgang der S ä u g l i n g s -



sterblichkeit zeigt sich darin, daß 1978 nur noch 15 von 1 000 Lebendgeborenen im 1. Lebensjahr gestorben sind, gegenüber 55 im Jahr 1950. Von diesen Kindern starben 30 Prozent bereits am Tag der Geburt, weitere 21 Prozent im Verlauf der ersten Lebenswoche.

burtenhäufigkeit und Sterblichkeit beeinflußt auch der Wanderungssaldo – d. h. die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen über die Grenzen des Bundesgebietes – die Entwicklung der Bevölkerungszahl. Von dem gesamten Bevölkerungszuwachs zwischen 1950 und 1978 waren 43 Prozent auf den Geburtenüberschuß und 57 Prozent auf den Wanderungsgewinn aus der Außenwanderung zurückzuführen.

Im Rahmen der Binnenwanderung haben 1978 etwa 3 Millionen Einwohner ihren Wohnsitz innerhalb des Bundesgebietes gewechselt, davon fast drei Viertel durch Umzug in eine Gemeinde des gleichen Bundeslandes und gut ein Viertel durch Umzug in ein anderes Bundesland.

Wanderungen

Neben den Veränderungen in der Ge-

Bevölkerungsbewegung

1 000

Jahr	Eheschließungen	Lebendgeborene				Totgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)				Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)		Wanderungen ¹⁾ Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)
		insgesamt	und zwar				insgesamt	und zwar			insgesamt	Ausländer	
			Ausländer	männlich	nicht-ehelich			Ausländer	männlich	im 1. Lebensjahr			
1950	535,7	812,8	.	420,9	79,1	18,1	528,7	.	266,9	45,3	+ 284,1	.	.
1960	521,4	968,6	11,1	498,2	61,3	15,0	643,0	3,6	332,5	32,7	+ 325,7	+ 7,5	+ 364,0 ²⁾
1970	444,5	810,8	63,0	416,3	44,3	8,4	734,8	8,0	370,0	19,2	+ 76,0	+ 55,0	+ 574,0
1975	386,7	600,5	95,9	309,1	36,8	4,7	749,3	9,0	371,1	11,9	- 148,7	+ 86,9	- 199,2
1976	365,7	602,9	87,0	309,4	38,3	4,4	733,1	8,6	361,3	10,5	- 130,3	+ 78,4	- 72,2
1977	358,5	582,3	78,3	299,7	37,6	3,8	704,9	8,0	347,9	9,0	- 122,6	+ 70,2	+ 32,7
1978	328,2	576,5	75,0	296,3	40,1	3,7	723,2	8,0	355,5	8,5	- 146,8	+ 66,9	+ 115,4

1) Über die Grenzen des Bundesgebietes, – 2) Ohne Berlin.

Verhältniszahlen

Jahr	Eheschließungen	Lebendgeborene			Gestorbene (ohne Totgeborene)	Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Nicht-ehelich Lebendgeborene	Gestorbene im 1. Lebensjahr	Totgeborene je 1 000 Lebend- und Totgeborene	Knaben je 1 000 lebendgeborene Mädchen	Männliche Gestorbene je 1 000 weibliche Gestorbene	Wanderungen ¹⁾ je 1 000 Einwohner
		insgesamt	Deutsche	Ausländer								
		je 1 000 Einwohner										
1950	10,7	16,2	.	.	10,5	+ 5,7	97,3	55,3	21,8	1 074	1 019	.
1960	9,4	17,4	.	.	11,6	+ 5,9	63,3	33,8	15,3	1 059	1 071	+ 6,8 ²⁾
1970	7,3	13,4	12,8	22,5	12,1	+ 1,3	54,6	23,4	10,2	1 055	1 014	+ 9,5
1975	6,3	9,7	8,7	24,1	12,1	- 2,4	61,2	19,7	7,7	1 061	981	- 3,2
1976	5,9	9,8	8,9	22,4	11,9	- 2,1	63,5	17,4	7,3	1 054	972	- 1,2
1977	5,8	9,5	8,8	20,2	11,5	- 2,0	64,7	15,4	6,5	1 061	975	+ 0,5
1978	5,4	9,4	8,7	18,7	11,8	- 2,4	69,6	14,7	6,3	1 058	967	+ 1,9

1) Über die Grenzen des Bundesgebietes, – 2) Ohne Berlin.

4

Haushalt, Familie, Wohnung

Familien nach ihrer Zusammensetzung

Familienzusammensetzung	6. 6. 1961 ¹⁾		27. 5. 1970 ¹⁾		April 1978 ²⁾	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Ehepaare	13 493	68,0	14 632	69,0	15 138	67,5
ohne Kinder	4 622	23,3	5 256	24,8	5 775	25,7
mit Kindern	8 871	44,7	9 376	44,2	9 363	41,7
Unvollständige Familien	6 353	32,0	6 587	31,0	7 293	32,5
ohne Kinder	4 303	21,7	5 025	23,7	5 777	25,8
mit Kindern	2 050	10,3	1 562	7,4	1 516	6,8
davon mit:						
weiblichem Familienvorstand	1 843	9,3	1 332	6,3	1 305	5,8
männlichem Familienvorstand	206	1,0	231	1,1	211	0,9
Familien insgesamt	19 845	100	21 219	100	22 431	100
ohne Kinder	8 925	45,0	10 281	48,5	11 552	51,5
mit Kindern	10 921	55,0	10 938	51,6	10 879	48,5
davon mit Kindern						
1	5 468	27,6	5 065	23,9	4 996	22,3
2	3 372	17,0	3 525	16,6	3 789	16,9
3	1 319	6,6	1 458	6,9	1 397	6,2
4 und mehr	763	3,8	890	4,2	697	3,1

1) Ergebnis der Volkszählung. — 2) Ergebnis des Mikrozensus.

Haushalte

1978 gab es im Bundesgebiet 24,2 Millionen Privathaushalte. Davon waren 7,1 Millionen Ein- und 17,1 Millionen Mehrpersonenhaushalte mit insgesamt 61,1 Millionen Haushaltsmitgliedern.

Die seit langem zu beobachtende stetige Zunahme der Zahl der Haushalte hat sich auch bei seit 1975 rückläufiger Gesamtbevölkerung fortgesetzt. Dies führte dazu, daß sich die durchschnittliche Haushaltsgröße von 3,0 Personen je Haushalt im Jahr 1950 über 2,7 Personen 1970 auf 2,5 Personen im Jahr 1978 verringert hat. Zugleich sind Zahl und Anteil der Haushalte mit mehr als 5 Haushaltsmitgliedern kontinuierlich zurückgegangen. Stark gestiegen ist dagegen die Zahl der Einpersonenhaushalte. Aufgrund der Bevölkerungs- und Altersstruktur leben in

Einzelhaushalten überwiegend Frauen (70 Prozent), davon viele in vorgerücktem Alter.

Familien

Vollständige Familien sind statistisch abgegrenzt als Haushalte, in denen Ehepaare allein oder mit ledigen Kindern (ohne Altersbegrenzung) zusammenleben. In unvollständigen Familien wohnt ein verwitweter, geschiedener oder getrennt lebender Elternteil allein oder mit ledigen Kindern (ohne Altersbegrenzung) zusammen. Auch ledige Familienvorstände mit Kindern zählen zu den unvollständigen Familien. Ledige, die allein wohnen, gelten dagegen nicht als Familie.

Betrachtet man die Familienstruktur, so zeigt sich, daß 1978 in fast jeder zweiten der insgesamt 22,4 Millionen Familien

mindestens ein Kind vorhanden war. 7,3 Millionen Familien waren unvollständig. Etwa ein Fünftel dieser Familien hatte mindestens ein Kind. Zahl und Anteil der Familien ohne Kinder sind im Steigen begriffen.

Wohnungsversorgung

Die Wohnungsversorgung der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren quantitativ und qualitativ ständig verbessert (vgl. hierzu auch Kapitel 12). 1950 standen je 1 000 Einwohner 202 Wohnungen zur Verfügung. 1970 waren es 341 und 1978 bereits 403. Die durchschnittliche Größe der im Jahr 1978 neu fertiggestellten Wohnungen betrug 103 m², gegenüber 74 m² im Jahr 1962. Bezieht man den gesamten Wohnungsbestand ein, so lag die durchschnittliche Fläche der Wohnungen

1978 bei 85 m², gegenüber 79 m² im Jahr 1973.

Da die Haushalte mehr Räume bewohnen, hat sich auch die durchschnittliche Belegungsdichte der Wohnungen vermindert. Sie lag 1978 bei 2,6 Personen je Wohnung (1972: 2,8). Jeder Person standen damit

rechnerisch 31,1 m² Wohnfläche zur Verfügung, gegenüber 26,4 m² im Jahr 1972.

Der Anteil der Altbauwohnungen (in vor 1949 errichteten Gebäuden) ging von 36 Prozent im Jahr 1973 auf 32 Prozent im Jahr 1978 zurück. Von allen 1978 vor-

handenen Wohnungen stammten 27 Prozent aus der Zeit zwischen 1949 und 1960, 29 Prozent aus der Zeit zwischen 1961 und 1971; 12 Prozent der Wohnungen wurden nach 1971 gebaut.

Wohnungs- oder Gebäudeinhaber bzw. Hauptmieter waren 1973 20,7 Millionen (darunter 37 Prozent Eigentümer) und 1978 21,7 Millionen (darunter 42 Prozent Eigentümer) Haushalte. Nur knapp 2 Prozent der Haushalte lebten in einer fremden Wohnung als Untermieter.

Privathaushalte nach ihrer Zusammensetzung

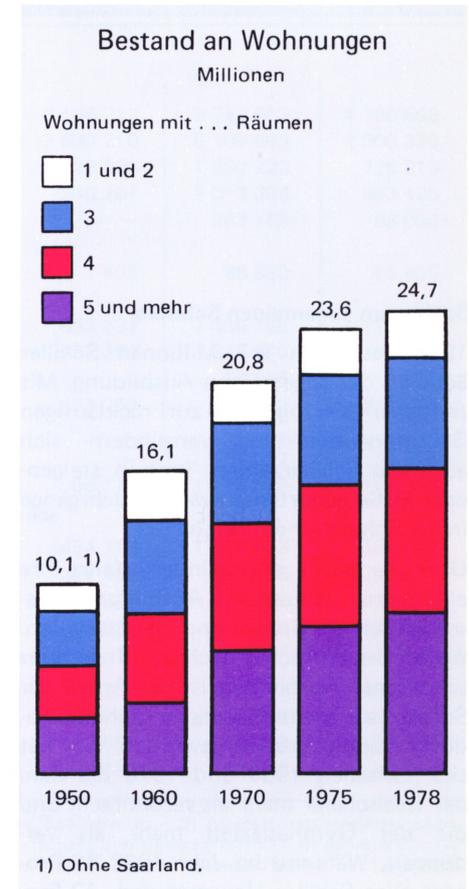
Jahr	Insgesamt		Ein- per- sonen- haus- halte	Mehrpersonenhaushalte				Bevöl- kerung in Privat- haus- halten	Personen je	
				davon mit . . . Personen					Haus- halt ins- gesamt	Mehr- per- sonen- haushalt
	1 000	%				Mill.	Anzahl			
			2	3	4	5 und mehr				
13.9.1950 ¹⁾	16 650	100	19	25	23	16	16	49,9	3,0	3,5
6.6.1961 ¹⁾	19 460	100	21	26	23	16	14	56,0	2,9	3,4
27.5.1970 ¹⁾	21 991	100	25	27	20	15	13	60,2	2,7	3,3
Mai 1975 ²⁾	23 722	100	28	28	18	15	11	61,6	2,6	3,2
Mai 1976 ²⁾	23 943	100	29	28	18	15	10	61,2	2,6	3,2
April 1977 ²⁾	24 165	100	29	28	18	15	10	61,2	2,5	3,2
April 1978 ²⁾	24 221	100	29	28	18	15	9	61,1	2,5	3,2

1) Ergebnis der Volkszählung. — 2) Ergebnis des Mikrozensus.

Privathaushalte im April 1978 nach Familienstand des Haushaltsvorstandes *)

Haushaltsvorstand	Privathaushalte				
	insgesamt	Ein- personenhaushalte		Mehr- personenhaushalte	
		1 000	%		1 000
Männer	17 655	2 098	29,6	15 558	90,8
davon:					
ledig	1 391	1 067	15,0	324	1,9
verheiratet	15 215	239	3,4	14 976	87,4
verwitwet, geschieden . .	1 050	792	11,2	258	1,5
Frauen	6 565	4 995	70,4	1 570	9,2
davon:					
ledig	1 620	1 360	19,2	261	1,5
verheiratet	251	109	1,5	142	0,8
verwitwet, geschieden . .	4 694	3 527	49,7	1 167	6,8
Insgesamt	24 221	7 093	100	17 128	100

*) Ergebnis des Mikrozensus.



5

Schul- und Berufsausbildung, Bildungsabschluß

zent Realschulen und 25 Prozent Gymnasien besuchten, lagen die entsprechenden Anteile 1978 bei 42, 22 bzw. 36 Prozent.

Durch die Auflösung vieler kleinerer Schulen in ländlichen Gebieten ist zwar die Zahl der Schüler je Schule gestiegen; zugleich konnten jedoch durch Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte die Klassenstärken vermindert werden. Gegenüber 1960 hat die Zahl der Lehrer an Grund- und Hauptschulen um über 100 000 zugenommen. Während 1960 ein hauptberuflicher Lehrer an diesen Schulen im Durchschnitt 36 Kinder zu betreuen hatte, waren es 1978 nur noch 23.

Auszubildende

Die Mehrzahl der Absolventen von Hauptschulen und Realschulen setzt ihre Ausbildung in Betrieben fort. 1978 standen

1,5 Millionen Jugendliche in einem Auszubildungsverhältnis. Die meisten wurden in den Bereichen Industrie und Handel sowie Handwerk ausgebildet. Bei den männlichen Auszubildenden, auf die knapp zwei Drittel aller Auszubildenden entfallen, sind die Berufe Kraftfahrzeugmechaniker, Elektroinstallateur und Maschinenschlosser am stärksten besetzt. Die weiblichen Auszubildenden bevorzugen vor allem die Berufe Verkäuferin, Friseurin und Bürokaufmann.

Schüler an beruflichen Schulen

Die praktische Ausbildung im Betrieb wird ergänzt durch den gleichzeitigen Besuch der Berufsschule an einem oder mehreren Wochentagen. Jugendliche, die bei der Wahl ihres Ausbildungsberufs noch unschlüssig sind, können das sog. Berufgrundbildungsjahr (Berufsschule in

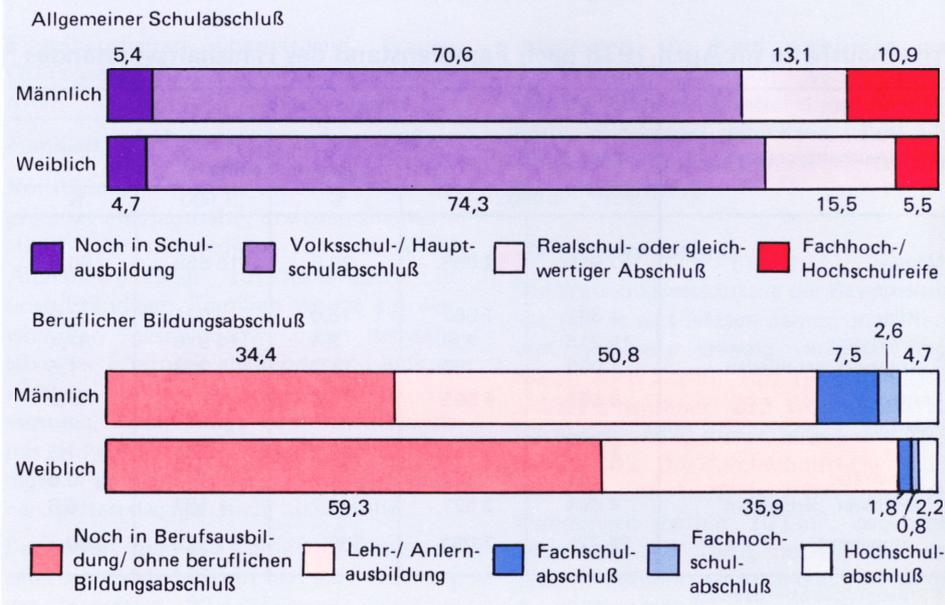
Schüler an allgemeinen Schulen

1978 besuchten 9,7 Millionen Schüler Schulen der allgemeinen Ausbildung. Mit zeitlicher Verzögerung zur rückläufigen Geburtenentwicklung vermindern sich auch die Schülerzahlen, weil in steigendem Maße geburtenschwächere Jahrgänge in das Schulalter eintreten.

Über die Hälfte aller Kinder erfährt ihre allgemeine schulische Ausbildung ausschließlich an Grund- und Hauptschulen. Wegen des Wunsches nach qualifizierterer schulischer Ausbildung ist der Anteil der Schüler an weiterführenden Schulen jedoch ständig größer geworden. So hat sich zwischen 1960 und 1978 die Zahl der Realschüler mehr als verdreifacht und die der Gymnasiasten mehr als verdoppelt. Während im Jahr 1960 62 Prozent aller Schüler Hauptschulen, 13 Pro-

Bevölkerung über 15 Jahre im April 1978 nach Bildungsabschluß

Prozent



Vollzeitform) absolvieren, das auf ein größeres Berufsgebiet vorbereitet und auf die Ausbildungszeit angerechnet wird.

Auch bei den Schulen, die beruflich aus- bzw. weiterbilden, ist der Trend zu qualifizierteren Abschlüssen deutlich erkennbar. So besuchten 1978 mehr als doppelt soviel Jugendliche Berufsfachschulen wie 1960.

Studenten an Hochschulen

Die Zahl der Studenten an Hochschulen hat sich – bei neuerdings wieder etwas abnehmender Studienneigung – zwischen 1960 und 1978 von 291 000 auf 946 000 erhöht, d. h. mehr als verdreifacht. Damit kamen 1978 154 Studenten auf 10 000 Einwohner gegenüber 52 im Jahr 1960.

Die meisten Studenten hatten sich im Wintersemester 1977/78 den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (218 200), den Sprach- und Kulturwissenschaften (217 300), den Ingenieurwissenschaften (171 800) sowie der Mathematik bzw. den Naturwissenschaften (145 500) zugewandt. Der Anteil der Studentinnen an der Gesamtzahl der Studierenden ist besonders stark gestiegen (1960: 66 000, 1978: 334 100). Der Prozentsatz der ausländischen Studierenden, der im Jahre 1960 bei knapp 8 Prozent gelegen hatte, betrug 1978 5,5 Prozent.

Bildungsabschluß der Bevölkerung

1978 hatten nach den Ergebnissen des Mikrozensus von 100 Personen über 15 Jahren 73 den Volks- bzw. Hauptschulabschluß, 14 konnten das Abgangszeugnis einer Realschule oder einen gleichwertigen Abschluß vorweisen und 8 hatten Abitur; 5 befanden sich noch in der Schulausbildung.

Ihre berufliche Qualifikation hatten 43 Prozent in einer Lehr-/Anlernausbildung erworben, 4 Prozent verfügten über einen

Fachschulabschluß und 5 Prozent über einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluß. 48 Prozent wiesen keinen beruflichen Ausbildungsabschluß auf oder befanden sich noch in beruflicher Ausbildung.

Der Anteil der qualifizierteren Bildungsabschlüsse ist bei Frauen niedriger als bei Männern. Während der Prozentsatz der Volksschul- bzw. Hauptschulabschlüsse

und der Realschulabschlüsse bei Männern (71 bzw. 13 Prozent) und bei Frauen (74 bzw. 16 Prozent) nur wenig voneinander abweicht, sind bei den Abiturienten (Männer: 11 Prozent, Frauen: 6 Prozent) und bei den Hochschulabsolventen (Männer: 5 Prozent, Frauen: 2 Prozent) die Männer etwa doppelt so stark vertreten wie die Frauen.

Schüler, Auszubildende und Studenten 1960 und 1978

Art der Einrichtung	1960		1978	
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
Schüler				
Schulen der allgemeinen Ausbildung ¹⁾	6 655 035	3 196 212	9 712 653	4 736 698
Grund- und Hauptschulen ²⁾	5 362 180	2 630 210	6 109 693	2 900 370
Realschulen	430 683	223 896	1 350 723	728 313
Gymnasien	853 437	340 701	2 013 388	993 420
Gesamtschulen	—	—	203 169	98 090
Abendrealschulen, Abendgymnasien, Kollegs	8 735	1 405	35 680	16 505
Schulen der beruflichen Ausbildung ¹⁾	1 942 843	893 324	2 438 166	1 114 246
Berufsschulen ²⁾	1 661 911	732 301	1 815 970	735 485
Berufsaufbauschulen	—	—	16 115	4 095
Berufsfachschulen	139 160	95 250	321 422	219 080
Fachoberschulen, Fachgymnasien	—	—	111 087	37 884
Fachschulen	141 772	65 773	173 572	117 702
Auszubildende				
Alle Ausbildungsbereiche	1 270 787	454 713	1 517 373	566 389
Industrie und Handel	743 110	327 881	691 985	291 877
Handwerk	451 556	96 596	614 905	137 144
Sonstige ³⁾	76 121	30 236	210 483	137 368
Studenten				
Hochschulen ¹⁾⁴⁾	291 188	66 300	945 897	334 117
Universitäten ⁵⁾	239 481	62 748	756 896	281 296
Kunsthochschulen	7 458	3 059	16 228	7 311
Fachhochschulen	44 249 ⁶⁾	493 ⁶⁾	172 773	45 510

1) 1978 vorläufiges Ergebnis. — 2) Einschl. Schulen für Behinderte. — 3) Ausbildungsbereiche: Landwirtschaft, Öffentlicher Dienst, Freie Berufe, Hauswirtschaft und Seeschifffahrt. — 4) Jeweils Wintersemester. — 5) Einschl. pädagogische, theologische und Gesamthochschulen. — 6) Ingenieurakademien.

6

Erwerbstätigkeit und Lebensunterhalt

Überwiegender Lebensunterhalt

In der Gliederung nach den Unterhaltsquellen der Bevölkerung wird statistisch unterschieden zwischen Personen, deren Einkommen überwiegend aus Erwerbstätigkeit stammt, und solchen, die ihren Lebensunterhalt in erster Linie aus übertragenen Einkommen bestreiten. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nicht notwendigerweise die überwiegende Unterhaltsquelle darstellt.

Nach den Ergebnissen der Mikrozensus-erhebung vom April 1978 war für 24,3 Millionen Einwohner oder 40 Prozent der Bevölkerung die eigene Erwerbstätigkeit die wichtigste Unterhaltsquelle. 11,8 Millionen oder 19 Prozent lebten überwiegend von Rente, Pension, Arbeitslosengeld oder -hilfe, Leistungen aus

sonstigen öffentlichen Mitteln oder Erträgen aus Vermögen. 25,3 Millionen oder 41 Prozent wurden ganz oder zum größten Teil durch Angehörige (Eltern, Ehepartner, Kinder usw.) versorgt.

Beteiligung am Erwerbsleben

Neben der Abgrenzung nach den Quellen des Lebensunterhalts (Unterhaltskonzept) steht in der Statistik die Gliederung nach der Beteiligung am Erwerbsleben (Erwerbskonzept) in Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen. Die Einstufung als Erwerbsperson richtet sich danach, ob eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit aus-

geübt bzw. gesucht wird. Der Ertrag dieser Tätigkeit und die Dauer der Arbeitszeit sind dabei ohne Belang.

Nach dieser Abgrenzung wurden im April 1978 27,0 Millionen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) gezählt. Hiervon waren 16,8 Millionen Männer (62 Prozent) und 10,2 Millionen Frauen (38 Prozent).

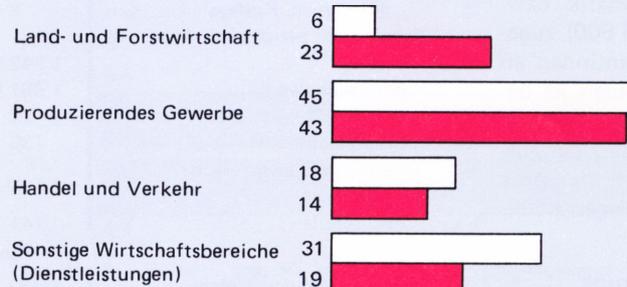
In den Veränderungen der Erwerbstätigkeitszahlen im Zeitablauf spiegeln sich z. T. konjunkturelle Einflüsse, aber auch strukturelle Wandlungen, wider. Veränderungen im Altersaufbau der Be-

Erwerbstätige 1950 und 1978

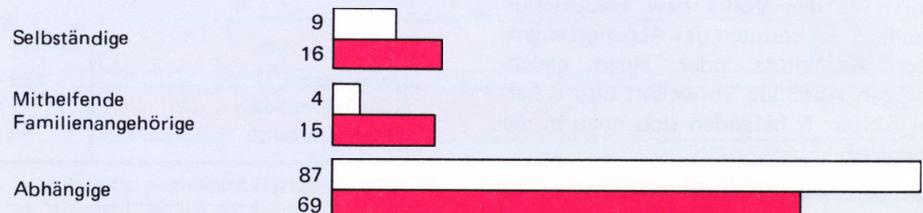
Prozent

■ 1950 □ 1978

nach Wirtschaftsbereichen



nach Stellung im Beruf



völkerung, im Schulbesuch und in der Ausbildungsdauer sowie im Ausscheiden aus dem Berufsleben haben dazu geführt, daß sich die Erwerbsquote (prozentualer Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung) von 46,2 im Jahr 1950 auf 44,0 im Jahr 1978 vermindert hat.

Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen

Im April 1978 waren 45 Prozent der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe, 18 Prozent in Handel und Verkehr und 31 Prozent in den übrigen Dienstleistungsbereichen (Sonstige Wirtschaftsbereiche) beschäftigt; 6 Prozent der Erwerbstätigen waren in der Landwirtschaft tätig. Im längerfristigen Vergleich fällt vor allem der durch die Wandlungen in der Agrarstruktur bedingte Rückgang der Erwerbstätigenzahlen in der Landwirtschaft auf. Ferner ist ein beträchtlicher Zuwachs im Dienstleistungssektor zu erkennen. Beides ist charakteristisch für die Struktur einer hochentwickelten Volkswirtschaft.

Stellung im Beruf

Von 100 Erwerbstätigen arbeiteten im April 1978 87 als Abhängige (Arbeiter, Angestellte, Beamte und Auszubildende), 9 als Selbständige und 4 als Mithelfende Familienangehörige. Im Vergleich zu 1950 hat sich der Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen – vornehmlich durch die Wandlungen in der Agrarstruktur – erheblich vermindert.

Erwerbstätigkeit der Frauen

Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist in allen Altersgruppen geringer als bei Männern und wird in erheblichem Umfang durch den Familienstand bestimmt. Mit Heirat bzw. Geburt von Kindern scheiden viele Frauen dauernd oder zu-

mindest vorübergehend aus dem Erwerbsleben aus. Von den insgesamt 9,5 Millionen erwerbstätigen Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren im April 1978 5,8 Millionen verheiratet, 2,9 Millionen erwerbstätige Frauen hatten Kinder unter 15 Jahren.

Mehr Frauen als Männer sind in den Bereichen Handel und Übrige Dienstleistungen sowie in der Landwirtschaft (dort vor allem als Mithelfende Familienangehörige) tätig. Unter den Selbständigen haben die Frauen einen Anteil von 21 Prozent.

Strukturdaten über Erwerbstätige

Gegenstand der Nachweisung	13. 9. 1950 ¹⁾	6. 6. 1961 ¹⁾	27. 5. 1970 ¹⁾	Mai 1975 ²⁾	April 1978 ²⁾
1 000					
Wohnbevölkerung nach der Beteiligung am Erwerbsleben					
Wohnbevölkerung	50 798	56 175	60 651	61 886	61 321
Erwerbspersonen	23 489	26 821	26 610	26 878	26 952
Erwerbstätige	21 808	26 713	26 494	25 960	26 021
dar.: Ausländer		459	1 716	2 171	2 027
Erwerbslose	1 681	108	117	918	931
Nichterwerbspersonen	27 309	29 354	34 041	35 008	34 369
Prozent					
Erwerbstätige					
(Erwerbstätige insgesamt = 100)					
nach dem Geschlecht					
Männlich	64,1	63,0	64,2	62,9	62,7
Weiblich	35,9	37,0	35,8	37,1	37,3
dar.: verheiratet ³⁾	36,3	45,6	55,8	61,2	60,4
nach Wirtschaftsbereichen					
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	23,3	13,4	7,5	6,6	5,8
Produzierendes Gewerbe	43,0	48,1	48,9	46,5	45,4
Handel und Verkehr	14,4	17,2	17,9	17,8	17,7
Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen)	19,3	21,3	25,7	29,1	31,1
nach der Stellung im Beruf					
Selbständige	15,7	12,1	9,7	9,2	8,8
Mithelfende Familienangehörige	14,9	10,0	6,3	5,0	4,0
Abhängige	69,4	77,9	84,0	85,8	87,2
nach Altersgruppen (von . . . bis unter . . . Jahren)					
unter 20	13,4	12,1	9,8	8,9	8,5
20 – 40	41,3	45,4	47,1	47,1	46,8
40 – 65	41,6	39,2	40,2	41,6	42,8
65 und mehr	3,7	3,3	2,9	2,4	1,9

1) Ergebnis der Volkszählung. — 2) Ergebnis des Mikrozensus. — 3) Anteil an allen erwerbstätigen Frauen.

7

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1978 41,4 Prozent aller abhängig Erwerbstätigen. Der entsprechende Anteil der Beamten ist zwischen 1950 und 1961 von 5,9 auf 7,4 Prozent gestiegen und betrug 1978 10,0 Prozent. Stark rückläufig ist dagegen der Anteil der Arbeiter (1950: 70,3, 1961: 61,6, 1978: 48,6 Prozent).

Ausländische Arbeitnehmer

Ein großer Teil der neu geschaffenen Arbeitsplätze wurde von ausländischen Arbeitnehmern besetzt, deren Zahl von 80 000 im Jahr 1955 bis auf 2,3 Millionen im Jahr 1974 gestiegen ist. Unter dem Einfluß des Anwerbestops (Ende 1973) und der konjunkturellen Entwicklung war bis 1978 ein Rückgang auf 1,9 Millionen zu verzeichnen.

Mitte des Jahres 1978 war etwa jeder elfte Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Ausländer. Davon waren die Türken mit 28 Prozent die stärkste Gruppe, gefolgt von den Jugoslawen (20 Prozent), den Italienern (15 Prozent), Griechen (8 Prozent) und Spaniern (5 Prozent). Ausländische Arbeitnehmer sind vor allem in der Metallerzeugung und -verarbeitung, im übrigen Verarbeitenden Gewerbe, im Dienstleistungsbereich und im Baugewerbe beschäftigt.

Arbeitslose, offene Stellen

Die Zahl der Arbeitslosen und ihr Anteil an den abhängigen Erwerbspersonen (Arbeitslosenquote) ist nach 1950 zunächst kontinuierlich zurückgegangen. Zu Beginn der 60er Jahre war nach den international üblichen Maßstäben Vollbeschäftigung erreicht. Der damit verbundene Mangel an Arbeitskräften konnte nur durch den Zustrom von ausländischen Arbeitnehmern gemildert werden.

In den Jahren 1967 und 1968 erhöhte sich die Arbeitslosenquote erstmals wieder, ging dann aber erneut auf weniger als 1 Prozent zurück. Seit 1972 wieder ansteigend, lag sie 1978 bei 4,3 Prozent. Damit verbunden war in verschiedenen Branchen eine Zunahme der Kurzarbeit. Parallel zu dieser Entwicklung hat sich die Zahl der offenen Stellen vermindert. So standen im Jahresdurchschnitt 1978 knapp 1 Million Arbeitslosen nur 246 000 offene Stellen gegenüber.

Von der Arbeitslosigkeit sind bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders betroffen. Erschwert ist die Vermittlung von Arbeitskräften ohne Berufsausbildung, älteren Angestellten und Schwerbehinderten. Auch die Nachfrage nach Teilzeitbeschäftigung (insbesondere von Frauen) übersteigt das entsprechende Angebot. Die Arbeitslosigkeit liegt bei Frauen (1978: 5,8 Prozent) höher als bei Männern (3,4 Prozent). Hierzu ist allerdings anzumerken, daß 37 Prozent der arbeitslosen Frauen ausschließlich an einer Teilzeitbeschäftigung interessiert waren.

Arbeitszeit

Zwischen 1959 und 1978 hat sich die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit der abhängig Erwerbstätigen beachtlich verringert. Bei Männern reduzierte sie sich um 4 bis 5 Stunden auf durchschnittlich 41 Stunden je Woche.

Bei weiblichen Angestellten und bei Arbeiterinnen, die im Jahr 1978 auf eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 35 bzw. 33 Stunden kamen, machte der Rückgang 9 Stunden aus. Hier wirkte sich u. a. die steigende Inanspruchnahme von Teilzeitarbeit aus. 34 Prozent der in abhängiger Stellung erwerbstätigen

Abhängig Erwerbstätige

Von insgesamt 26,0 Millionen Erwerbstätigen waren 1978 22,7 Millionen in abhängiger Stellung beschäftigt. Im Vergleich zu 1950 liegt diese Zahl um über 7,5 Millionen und gegenüber 1961 um etwa 1,9 Millionen höher. Zu dem wachsenden Anteil von Arbeitern, Angestellten und Beamten an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen (1950: 69,4, 1961: 77,9, 1978: 87,2 Prozent) hat u. a. auch der Übergang von Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen – besonders aus der Landwirtschaft – in eine abhängige Tätigkeit beigetragen. Gut ein Drittel der Arbeitnehmer sind Frauen.

Unterscheidet man nach der Stellung im Beruf, hat sich die Gruppe der Angestellten am stärksten vergrößert. Auf sie entfielen 1950 23,8, 1961 31,0 und

Frauen arbeiteten 1978 weniger als 40 Stunden in der Woche.

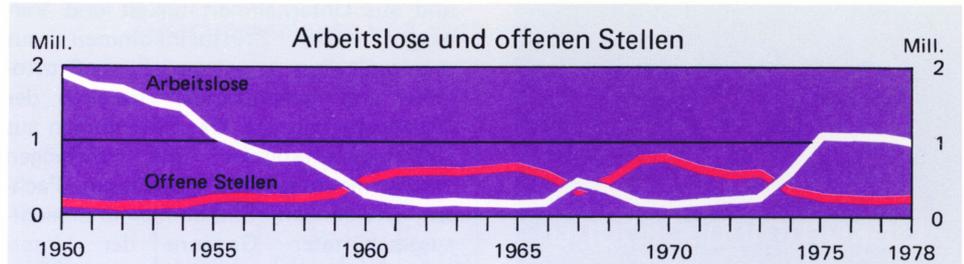
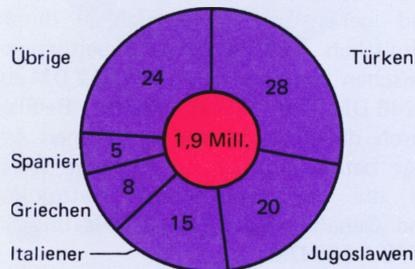
Die Selbständigen hatten 1978 im Durchschnitt die längste Wochenarbeitszeit (Männer 56,5 Stunden, Frauen 46,2 Stunden). Auch für die Mithelfenden Familienangehörigen war die durchschnittliche Arbeitswoche mit 44,2 Stunden bei den Männern und 43,3 Stunden bei den Frauen länger als für die Abhängigen.

Streiks und Aussperrungen

Gemessen an anderen westlichen Industrieländern sind die Zahl der Streiks und Aussperrungen sowie der Anteil der durch Arbeitskämpfe verlorenen Arbeitstage an der gesamten Arbeitszeit in der Bundesrepublik sehr gering. Obwohl zwischen den einzelnen Jahren Unterschiede bestehen, liegen die bisher höchsten Werte (1971: fast 4,5 Millionen verlorene Arbeitstage) weit unter den international vergleichbaren Zahlen.

Ausländische Arbeitnehmer 1978

Prozent



Abhängig Erwerbstätige *)

Jahr	Männer 1)	Frauen	Insgesamt 1)		Davon		
					Beamte 1)	Ange-stellte	Arbeiter
					1 000		
				%		1 000	
13. 9. 1950 3)	10 570	4 573	15 143	69,4	890	3 601	10 651
6. 6. 1961	13 845	6 973	20 818	77,9	1 539	6 459	12 820
27. 5. 1970	14 660	7 606	22 266	84,0	1 929	8 249	12 089
Mai 1975	14 228	8 036	22 264	85,8	2 142	8 977	11 145
Mai 1976	14 160	8 074	22 234	86,3	2 211	9 058	10 965
April 1977	14 254	8 196	22 450	86,7	2 232	9 150	11 069
April 1978	14 371	8 310	22 681	87,2	2 269	9 396	11 016

*) 1950, 1961 und 1970 Ergebnisse der Volkszählung, 1975 bis 1978 Ergebnisse des Mikrozensus.
1) Ab 1961 einschl. Soldaten. — 2) Anteil der abhängig Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen insgesamt. — 3) Einschl. Saarland 14. 11. 1951.

Arbeitslose, offene Stellen und Kurzarbeiter

Jahres-durchschnitt	Arbeitslose	Arbeitslosenquote 1)			Offene Stellen	Kurz-arbeiter
		insgesamt		Frauen		
	1 000	%		1 000		
1950 2)	1 869	11,0	10,8	11,5	119	90 3)
1961	181	0,8	0,8	0,8	552	3
1970	149	0,7	0,7	0,8	795	10
1975	1 074	4,7	4,3	5,4	236	773
1976	1 060	4,6	3,9	5,8	235	277
1977	1 030	4,5	3,7	6,0	231	231
1978	993	4,3	3,4	5,8	246	191

1) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten). — 2) Ohne Saarland. — 3) Mitte Dezember.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

8

Einkommensbildung und -verteilung

Volkseinkommen

Im Mittelpunkt der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die ein umfassendes, zahlenmäßiges Bild des gesamten Wirtschaftsablaufs vermitteln, steht die Darstellung der Entstehung, Verteilung und Verwendung von Gütern und Einkommen, mit dem Nachweis des Sozialproduktes bzw. des Volkseinkommens als zentralen Größen. Dabei wird auch errechnet, wie sich die im Produktionsprozeß entstandenen Einkommen auf die privaten Haushalte, den Staatssektor und die Unternehmen verteilen.

Das Volkseinkommen ist abgegrenzt als Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern innerhalb eines bestimmten Zeitraums zugeflossen sind. Es setzt sich zusammen aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit

und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltsumme zuzüglich der Arbeitgeberbeiträge. Das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen enthält hauptsächlich die Zinsen, Pachten, Dividenden, Entnahmen und nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen, die den privaten Haushalten und privaten Organisationen, dem Staat und den Unternehmen zugeflossen bzw. verblieben sind.

Das gesamte Volkseinkommen überschritt im Jahr 1978 erstmals den Wert von 1 Billion DM. Es war damit fast doppelt so hoch wie 1970 und hat sich gegenüber dem Jahr 1960 mehr als vervierfacht.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Bezieht man die Umverteilung der Einkommen über den Staat und andere Institutionen in die Betrachtung ein, so kommt man zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. In dieser Berechnung sind den Erwerbs- und Vermögenseinkommen die von den privaten Haushalten empfangenen laufenden Übertragungen (Renten, Pensionen, Versorgungsleistungen, Sozialhilfe, Kindergeld u. ä.) hinzuzuzählen und die von den Haushalten gezahlten Abgaben – insbesondere direkte Steuern, Sozialbeiträge und ähnliche laufende Übertragungen – abzuziehen.

Das für Verbrauch und Ersparnisbildung verfügbare Einkommen der privaten Haushalte betrug 1978 (ohne nichtentnommene Gewinne) 810 Milliarden DM. In dieser Größe sind 248 Milliarden DM empfangene laufende Übertragungen enthalten. Dem stehen 401 Milliarden DM

von den privaten Haushalten geleistete laufende Übertragungen (darunter 142 Milliarden DM direkte Steuern und 223 Milliarden DM Sozialbeiträge) gegenüber.

Über die Zusammensetzung der Haushaltseinkommen und ihre Verteilung liegen aktuelle Angaben aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 vor. Danach entfielen von den Haushalten (ohne Landwirte) mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1 000 DM 89 Prozent auf die Haushalte von Nichterwerbstätigen, dagegen z. B. auf Haushalte von Selbständigen nur knapp 2 Prozent. Die Höhe des Haushaltsnettoeinkommens wird allerdings nicht allein vom Einkommen des Haushaltsvorstands, sondern auch von den Einkommen weiterer Haushaltsmitglieder bestimmt.

Löhne und Gehälter

Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen (Lohnquote) belief sich im Jahr 1978 auf 71 Prozent. Der wichtigste Bestandteil dieser Einkommensart, die Bruttolohn- und -gehaltsumme, hat sich je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer zwischen 1960 und 1978 von 512 DM auf 2 246 DM im Monat erhöht. Bedingt durch die noch stärker gestiegenen Abzüge betragen die entsprechenden Werte für die durchschnittlichen Nettolöhne und Gehälter für 1960 431 DM und für 1978 1 635 DM.

Ähnlich verlief die Entwicklung der Durchschnittsverdienste der Beschäftigten in Industrie und Handel. So lag nach den Ergebnissen der laufenden Verdienst-

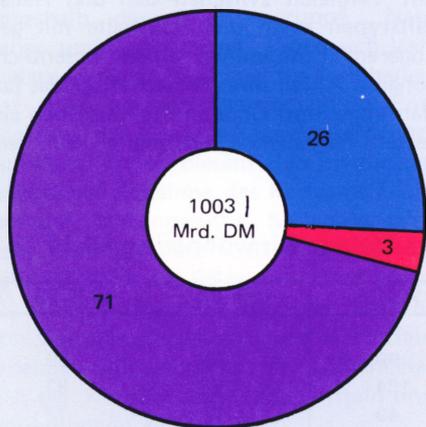
statistik der durchschnittliche Brutto-
 wochenverdienst von männlichen In-
 dustriearbeitern 1978 bei 528 DM, gegen-
 über 133 DM im Jahr 1960. Die Brutto-
 monatsverdienste der männlichen Ange-
 stellten in Industrie und Handel haben
 sich im selben Zeitraum von 721 DM auf
 2 986 DM ebenfalls mehr als vervierfacht.

Zusammensetzung und Verteilung des Volkseinkommens

Jahr	Volkseinkommen				Bruttoeinkommen aus				Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte nach der Umverteilung ²⁾
	insgesamt		je Ein- wohner	je Er- werbs- tätigen	unselbständiger Arbeit		Unternehmer- tätigkeit und Vermögen		
	Mrd. DM	%	DM		Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM
1960	240,1	100	4 331	9 147	144,9	60,4	95,2	39,6	187,9
1965	358,6	100	6 117	13 336	235,2	65,6	123,4	34,4	293,4
1970	533,1	100	8 790	19 991	361,3	67,8	171,8	32,2	425,9
1975	806,6	100	13 045	31 850	583,4	72,3	223,2	27,7	681,7
1976 ¹⁾	878,0	100	14 269	34 994	626,3	71,3	251,7	28,7	721,1
1977 ¹⁾	933,0	100	15 195	37 254	669,7	71,8	263,3	28,2	763,5
1978 ¹⁾	1 002,6	100	16 348	39 738	714,6	71,3	288,0	28,7	810,2

1) Vorläufiges Ergebnis. — 2) Ohne nichtentnommene Gewinne.

Verteilung des Volkseinkommens
 1978
 Prozent



Einkommen aus Unternehmer-
 tätigkeit und Vermögen

- der privaten Haushalte
- sonstiger Empfänger (Staat usw.)
- Einkommen aus unselbständiger Arbeit

Einkommen privater Haushalte im Januar 1978 *)

Soziale Stellung des Haushaltsvorstands	Haushalte insgesamt		Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von . . . bis unter . . . DM				
			unter 1 000	1 000 — 2 000	2 000 — 3 000	3 000 — 5 000	5 000 — 20 000
	1 000	%					
Selbständiger	1 362	6,3	1,9	2,9	6,6	15,7	50,5
Beamter	1 309	6,1	/	3,1	9,9	14,9	7,3
Angestellter	4 685	21,8	3,4	17,2	30,8	38,3	32,6
Arbeiter	5 361	24,9	5,5	31,6	31,6	16,8	/
Nichterwerbstätiger . .	8 822	41,0	89,1	45,1	21,2	14,3	6,8
Haushalte insgesamt .	21 540	100	100	100	100	100	100

*) Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ohne Haushalte von Ausländern und Landwirten, ohne Privathaushalte in Anstalten sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 20 000 DM und mehr. — Selbsteinschätzung.

9

Privater Verbrauch

änderungen wertet die amtliche Statistik laufend die Anschreibungen in den Haushaltsbüchern ausgewählter Haushalte aus. Dabei werden – unter Vorgabe verschiedener Auswahlmerkmale – drei Haushaltstypen unterschieden, und zwar 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen (Typ 1), 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstands (Typ 2) und 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (Typ 3). Dieser begrenzte Erfassungsbereich erlaubt zwar keine Rückschlüsse auf die Gesamtheit aller Haushalte, läßt aber doch Unterschiede und zeitliche Entwicklungen bei ausgewählten Haushaltstypen erkennen.

Änderungen der Verbrauchsstrukturen

Wie der Zeitvergleich zeigt, hat sich unter dem Einfluß kräftig gestiegener Einkommen die Struktur des Privaten Ver-

brauchs erheblich geändert. Während z. B. 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen 1960 von jeweils 100 DM 45 DM für Nahrungs- und Genußmittel aufwendeten, waren es 1978 nur noch 29 DM. Eine ähnliche Entwicklung ist bei Kleidung und Schuhen zu verzeichnen. Andere Ausgabengruppen haben ihren Anteil am Privaten Verbrauch dagegen beträchtlich erhöht, so vor allem die Gruppe „Verkehr, Nachrichtenübermittlung“ (1960: 5 Prozent, 1978: 15 Prozent). Auch auf Wohnungsmiete entfiel mit 16 Prozent im Jahr 1978 ein wesentlich höherer Anteil am Gesamtbudget der Haushalte als im Jahr 1960 (11 Prozent). Auf wichtige Entwicklungen in Teilbereichen wird in Kapitel 12 eingegangen.

Ein Vergleich zwischen den drei Haushaltstypen zeigt, daß Haushalte mit geringerem Einkommen einen wesentlich höheren Anteil ihres Wirtschaftsgeldes für Nahrungs- und Genußmittel ausgeben als besser verdienende Haushalte. Bei den

Ausgaben der privaten Haushalte

Von dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte des Jahres 1978 in Höhe von 810 Milliarden DM wurden 708 Milliarden DM für den Privaten Verbrauch verwendet; der Rest wurde gespart. Die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte erreichten damit einen Anteil von 55 Prozent am Bruttonettoprodukt. Je Einwohner waren dies im Durchschnitt 11 543 DM. Gegenüber 1960 haben sich die Ausgaben der privaten Haushalte für Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen mehr als vervierfacht.

Zusammensetzung der Ausgaben

Zur Gewinnung von Einblicken in die Verbrauchsstrukturen und ihre Ver-

Verbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln je Einwohner und Jahr

Erzeugnis	Einheit	1950/51	1960/61	1977/78
Getreideerzeugnisse	kg	99	80	68
Kartoffeln	kg	184	132	83
Gemüse	kg	49	49	72
Frischobst	kg	40	94	76
Fleisch	kg	37	57	88
Trinkmilch/Sahne	kg	121	120	86
Käse	kg	4	8	13
Butter	kg	6	9	6
Eier	St	136	229	291
Kaffee	kg	1	3	5
Zigaretten	St	476	1 619 ¹⁾	2 363 ¹⁾
Bier	l	37	120 ¹⁾	187 ¹⁾
Trinkwein/Schaumwein . . .	l	6	13	24

1) Je Person im Alter von 15 Jahren und älter.

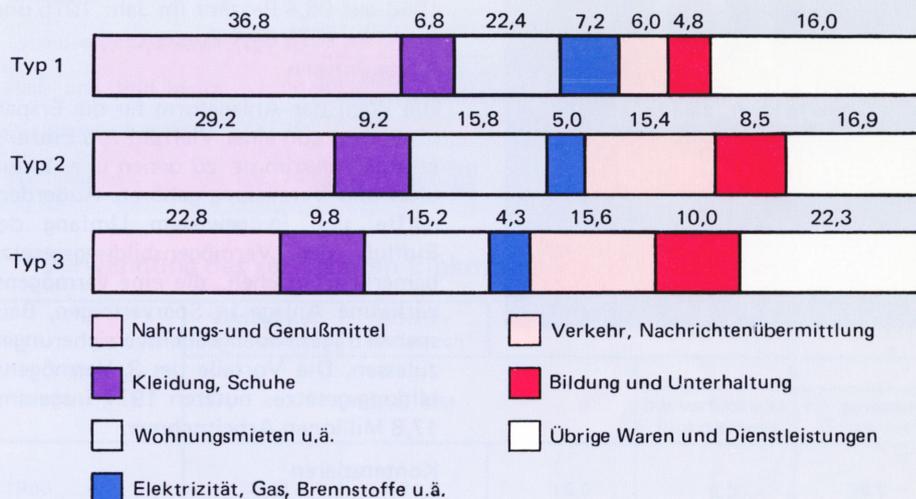
Haushalten vom Typ 1 betrug der entsprechende Anteil im Jahr 1978 37 Prozent, gegenüber 29 Prozent bei Typ 2 und 23 Prozent bei Typ 3. Auch die Aufwendungen für Wohnungsmiete waren prozentual um so höher (22 bzw. 16 bzw. 15 Prozent), je geringer das Einkommen der Haushalte war. Damit haben Feststellungen weiterhin Gültigkeit, die erstmals die deutschen Statistiker Engel und Schwabe 1857 und 1868 getroffen haben. Umgekehrt liegen die Anteile der Aufwendungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie für Bildung und Unterhaltung in den Haushalten des Typs 3 am höchsten.

Verbrauchsgewohnheiten

Innerhalb der Ausgabengruppe „Nahrungs- und Genußmittel“ lassen sich Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten vor allem an der mengenmäßigen Entwicklung der Käufe erkennen. Besonders auffallend ist in diesem Bereich die beträchtliche Zunahme des Konsums hochwertiger Nahrungsmittel. So lag der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch im Jahr 1977/78 mit 88 kg um 51 kg höher als 1950/51. Dagegen wurde der Verzehr von Getreideerzeugnissen und Kartoffeln erheblich eingeschränkt. Vervielfacht hat sich der Konsum von Genußmitteln und alkoholischen Getränken.

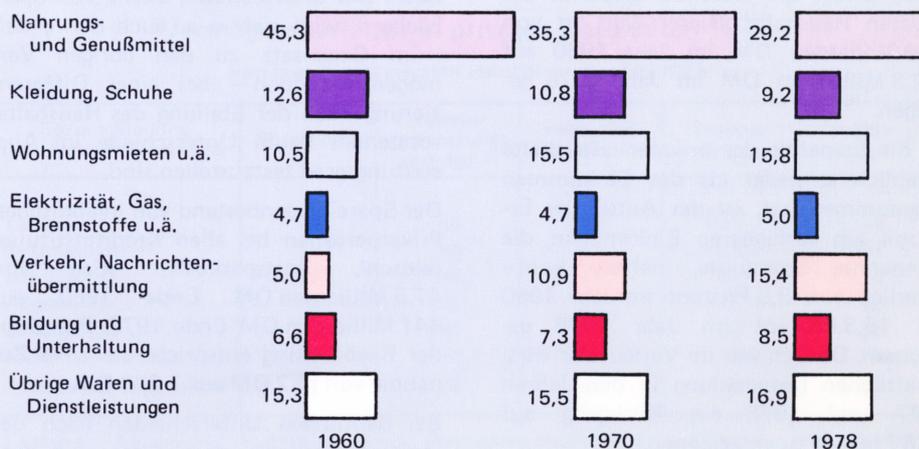
Anteil der Ausgabengruppen am Privaten Verbrauch 1978

Prozent



Verteilung der Verbrauchsausgaben von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen *)

Prozent



*) Typ 2

10

Sparen und Vermögensbildung

Ersparnis

Der Teil des verfügbaren Einkommens, der nicht in den Privaten Verbrauch fließt, bildet die laufende Ersparnis der privaten Haushalte. Dieser Wert ist von 16,0 Milliarden DM im Jahr 1960 auf 102,3 Milliarden DM im Jahr 1978 gestiegen.

Da die Ersparnis der privaten Haushalte erheblich schneller als das Einkommen zugenommen hat, ist der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen, die sogenannte Sparquote, nahezu kontinuierlich von 8,5 Prozent im Jahr 1960 auf 15,3 Prozent im Jahr 1975 gewachsen. Danach war im Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren 1977 und 1978 ein Rückgang auf 12,6 Prozent zu verzeichnen.

Analog zu dieser Entwicklung hat sich

auch der Anteil der Ersparnisbildung der privaten Haushalte an der Gesamtsparsparnis der Volkswirtschaft verändert. Er erhöhte sich von 25,2 Prozent im Jahr 1960 auf 98,4 Prozent im Jahr 1975 und erreichte 1978 64,1 Prozent.

Anlageformen

Die Wahl der Anlageform für die Ersparnisse wird von einer Vielzahl von Einflußfaktoren bestimmt, zu denen u. a. Liquidität und Verzinsung gehören. Außerdem dürfte sich in gewissem Umfang der Einfluß der Vermögensbildungsgesetze bemerkbar machen, die eine vermögenswirksame Anlage in Sparverträgen, Bausparverträgen oder Lebensversicherungen zulassen. Die Vorteile des 3. Vermögensbildungsgesetzes nutzten 1977 insgesamt 17,8 Millionen Arbeitnehmer.

Kontensparen

Die liquideste und zugleich am weitesten verbreitete Form der Geldanlage ist das Kontensparen. Nach den letzten verfügbaren Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1973 waren zu diesem Zeitpunkt von 100 Haushalten 91 im Besitz von mindestens einem Sparbuch. Der breitgestreute Besitz von Sparbüchern zeigt sich u. a. auch darin, daß – im Gegensatz zu den übrigen Vermögensbeständen – bei einer Differenzierung nach der Stellung des Haushaltsvorstandes kaum Unterschiede im Ausstattungsgrad festzustellen sind.

Der Spareinlagenbestand von inländischen Privatpersonen bei allen Kreditinstituten (einschl. Postsparkasse) stieg von 47,5 Milliarden DM Ende 1960 auf 441 Milliarden DM Ende 1978. Pro Kopf der Bevölkerung entspricht das einer Zunahme von 852 DM auf 7 200 DM.

Bei deutlichen Unterschieden nach der sozialen Stellung, dem Alter und dem Einkommen des Haushaltsvorstandes

ergab sich im Durchschnitt aller Haushalte mit Sparbüchern 1973 ein Gesamtguthaben von 7 955 DM.

Bausparen

1973 verfügten 35 von 100 Haushalten über einen oder mehrere noch nicht zugeteilte Bausparverträge. Die vereinbarten Bausparsummen (1978 im Durchschnitt 31 706 DM je neu abgeschlossener Vertrag privater Bausparer) und die Bevorzugung dieser Anlageform durch jüngere Familien und Erwerbstätigen Haushalte deuten darauf hin, daß der Wunsch nach Haus- bzw. Wohnungseigentum weit verbreitet ist. Überdurchschnittlich viele Bausparer gab es unter den Beamten (62 Prozent) und Selbständigen (58 Prozent), die wenigsten in den Haushalten von Nichterwerbstätigen.

Haus- und Grundbesitz

1973 verfügten 40 Prozent aller Haushalte über Haus- und Grundbesitz – eine Vermögensanlage, die bei fast allen Landwirten, zwei Dritteln der Selbständigen und etwa zwei Fünfteln der Abhängigen vorhanden war. Mehr als die Hälfte aller privaten Haus- und Grundbesitzer leistete zu diesem Zeitpunkt Rückzahlungen auf Hypotheken, Baudarlehen oder ähnliche zweckgebundene Kredite.

Lebensversicherungen

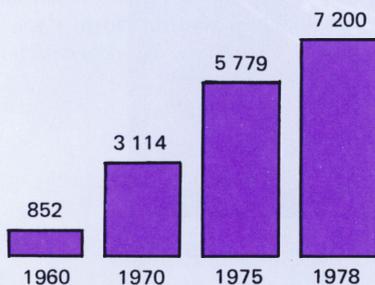
Rund drei Viertel aller privaten Haushalte gaben 1973 an, mindestens einen Vertrag über eine Lebensversicherung abgeschlossen zu haben. Damit gehört diese Anlageform zu den bevorzugten Arten der Vermögensbildung. Da Lebensversicherungen zu den wichtigsten Grundlagen der Alters- und Existenzsicherung von Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen zählen, verfügten 88 Prozent dieser Haushalte über einen oder mehrere solcher Versicherungsverträge. Aber auch

Haushalte von Arbeitern, Angestellten und Beamten nutzten zu 80 Prozent und mehr diese Form der Vermögensbildung. Wertpapiere

Bei wachsendem Zinsbewußtsein haben sich in den letzten Jahren viele private Sparer von Kontensparen mit gesetzlich festgelegter Kündigungsfrist auf längerfristige und ertragreichere Anlageformen umgestellt. Nach den Zahlen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 waren in 24 Prozent aller Haushalte Wertpapiere vorhanden. Hierzu gehören Aktien, festverzinsliche Wertpapiere, Sparbriefe, Bundesschatzbriefe und Investmentzertifikate.

Wie keine andere Vermögensform ist der Wertpapierbesitz von privaten Haushalten durch eine ungleiche Verteilung gekennzeichnet. Bei mehr als der Hälfte aller Haushalte, die Wertpapiere besaßen, lag 1973 der zum Tageskurs berechnete Wert des Bestandes unter 5 000 DM, und nur etwa jeder achte Haushalt hatte ein Wertpapierdepot von 20 000 und mehr DM. Im Durchschnitt aller Haushalte mit Wertpapieren ergab sich zu diesem Zeitpunkt ein Bestand in Höhe von 10 382 DM.

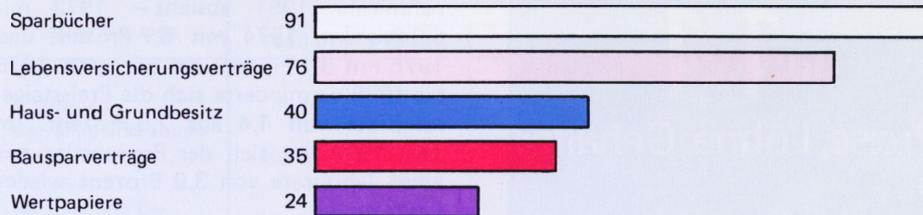
Spareinlagenbestand pro Kopf der Bevölkerung *) DM



*) Inländische Privatpersonen, ohne Bauspareinlagen.

Vermögensbestände in privaten Haushalten 1973

Von jeweils 100 privaten Haushalten besaßen:



Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte *)

Jahr	Verfügbares Einkommen 1)	Privater Verbrauch	Ersparnis 1)		
			%		
			Mrd. DM		
			des verfügbaren Einkommens	der gesamten Ersparnis	
1960	187,9	171,8	16,0	8,5	25,2
1970	425,9	367,6	58,4	13,7	46,9
1975	681,7	577,4	104,3	15,3	98,4
1976	721,1	623,6	97,6	13,5	75,3
1977	763,5	667,2	96,3	12,6	70,2
1978	810,2	707,9	102,3	12,6	64,1

*) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

1) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Vermögensbestände in privaten Haushalten 1973

Von jeweils 100 privaten Haushalten besaßen 1973

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Sparbücher	Lebensversicherungsverträge 1)	Haus- und Grundbesitz	Bausparverträge	Wertpapiere 2)
Landwirt	89	68	92	47	14
Selbständiger 3)	91	88	67	58	37
Beamter	96	80	41	62	30
Angestellter	96	81	37	49	35
Arbeiter	94	84	40	37	15
Nichterwerbstätiger	84	64	30	16	22
Haushalte insgesamt	91	76	40	35	24

1) Lebens-, Aussteuer-, Ausbildungs- oder Sterbegeldversicherung. — 2) Aktien, festverzinsliche Wertpapiere, Sparbriefe, Bundesschatzbriefe, Investmentzertifikate. — 3) Gewerbetreibender, freiberuflich Tätiger.

11

Preise, Löhne, Gehälter

der Zeit von 1950 bis 1978 um 130 Prozent gestiegen. Die jährlichen Teuerungs-raten waren – wenn man von dem Aus-nahmejahr 1951 absieht – 1973 mit 6,8 Prozent, 1974 mit 6,7 Prozent und 1975 mit 6,1 Prozent am höchsten. 1976 bis 1978 verminderte sich die Preissteige-rungsrate von 4,4 auf 2,5 Prozent. Im Jahr 1979 hat sich der Preisanstieg mit einer Jahresrate von 3,9 Prozent wieder beschleunigt.

Die Teilindizes für einzelne Bedarfs-gruppen haben sich unterschiedlich ent-wickelt. Die größten Preissteigerungen im langfristigen Vergleich sind bei den Wohnungsmieten zu verzeichnen. Über-durchschnittliche Erhöhungen weisen auch die Teilindizes für Heizung und Be-

leuchtung, für Bildung, Unterhaltung und Erholung sowie für Verkehr auf. Wesent-lich geringere Preissteigerungsraten sind demgegenüber bei der Bedarfsgruppe Hausrat und Bekleidung zu verzeichnen.

Löhne und Gehälter

Langfristig konnten die meisten Ein-kommensbezieher ihren Lebensstandard beträchtlich verbessern, weil Löhne, Ge-hälter und Renten wesentlich stärker ge-stiegen sind als die Preise. Dies wird deut-lich, wenn man – was allerdings nur mit Einschränkungen möglich ist – die Steige-rung der Verdienste mit der Steigerung der Lebenshaltungspreise vergleicht. Die Indizes auf Basis 1970 = 100 erreichten

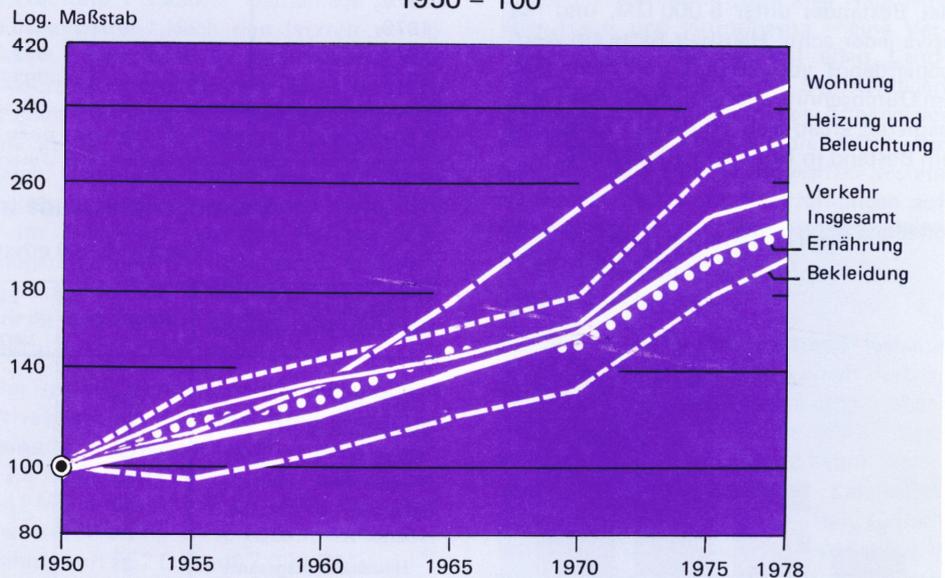
Preise

Als Maßstab für die Beurteilung von Geld-wertänderungen werden häufig die Preis-indizes für die Lebenshaltung aller Haus-halte bzw. bestimmter Haushaltstypen (vgl. Kapitel 9) herangezogen. Dabei beobachtet die amtliche Statistik die laufende Preisentwicklung einer Vielzahl von Waren und Dienstleistungen (des sog. „Warenkorbs“), die unter Auswertung von Angaben über die Verbrauchsaus-gaben der Haushalte als repräsentativ aus-gewählt und nach ihrer Verbrauchs-bedeutung gewichtet werden.

Die Preise für die Lebenshaltung eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen des alleinver-dienenden Haushaltsvorstands¹⁾ sind in

1) Preisindizes für alle privaten Haushalte liegen erst ab 1962 vor.

Preisindizes für ausgewählte Bedarfsgruppen *)
1950 = 100



*) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstands.

bei den durchschnittlichen Bruttowochenverdiensten der Arbeiter in der Industrie im Jahr 1978 einen Stand von 179,3, bei den Preisen für die Lebenshaltung der Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen 1978 demgegenüber einen Stand von 148,4.

Der unter Verwendung dieser beiden Größen abgeleitete „Reallohnindex“ lag 1978 bei 120,4 (Basis 1970 = 100). Er bringt zum Ausdruck, in welchem Umfang die Verdiensterhöhungen über den Ausgleich der Preissteigerungen hinaus zu einem Zuwachs an realer Kaufkraft geführt haben. In dieser Berechnung ist allerdings nicht berücksichtigt, daß mit steigenden Bruttoverdiensten im allgemeinen ein überproportionales Anwachsen der Steuern und Sozialabgaben verbunden ist.

Eine ähnliche Tendenz läßt sich auch aus der Entwicklung der durchschnittlichen Bruttojahresverdienste der Angestellten in Industrie und Handel ablesen, die – unter Einbeziehung von Sonderzahlungen – zwischen 1971 und 1978 von durchschnittlich 18 529 DM auf 35 325 DM gestiegen sind. Das entspricht einer Steigerungsrate von nominal 91 Prozent. Dabei bestehen erhebliche Unterschiede sowohl zwischen den Verdiensten von männlichen und weiblichen Angestellten als auch in bezug auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche:

Preisindex für die Lebenshaltung *)

1970 = 100

Bedarfsgruppe	Durchschnitt					
	1950	1955	1960	1965	1972	1978
Ernährung	64,6	74,9	81,9	95,2	110,3	146,2
Getränke und Tabakwaren	103,5	88,8	87,3	89,7	108,0	141,0
Wohnung	41,4	45,6	54,4	72,6	112,1	151,9
Heizung und Beleuchtung	56,0	72,6	80,7	88,6	107,3	169,1
Hausrat	84,2	86,7	91,0	97,2	107,8	136,4
Bekleidung	76,4	73,8	80,8	90,9	112,5	155,1
Reinigung und Körperpflege	65,2	69,1	75,1	85,9	109,7	142,0
Bildung, Unterhaltung, Erholung	55,2	60,9	69,1	83,3	108,9	149,9
Verkehr	61,2	73,1	80,9	89,6	115,9	154,1
Insgesamt	64,5	71,0	77,8	89,3	110,7	148,4

*) Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter

1970 = 100

Geschlecht	Durchschnitt					
	1950 1)	1955 1)	1960	1965	1972	1978
Männer	23,5	33,7	45,6	69,9	116,9	176,9
Frauen	21,0	30,0	44,2	69,7	120,5	195,4
Insgesamt	23,0	33,1	45,3	69,8	117,4	179,3

1) Ohne Saarland.

Durchschnittliche Bruttojahresverdienste der Angestellten in Industrie und Handel *)

DM

Geschlecht	1971	1975	1976	1977	1978
Männer	22 151	33 316	35 737	38 260	40 628
Frauen	13 396	21 277	22 796	24 520	26 117
Insgesamt	18 529	28 769	30 891	33 186	35 325

*) Einschl. Sonderzahlungen (z. B. 13. Monatslohn, Urlaubsgeld, unregelmäßige Zahlungen wie Jubiläumszuwendungen, Erfolgsprämien).

12

Ausstattung der Haushalte, Reisen

und WC (1973: 87 Prozent) vorhanden. 67 Prozent der Wohnungen hatten Sammelheizung (1973: 57 Prozent). Alle drei Qualitätsmerkmale und damit die beste Ausstattung besaßen 1978 65 Prozent aller Wohnungen (1973: 54 Prozent).

Zwischen dem Baualter und der Ausstattung der Wohnungen mit Sammelheizung und sanitären Einrichtungen besteht ein enger Zusammenhang. Je früher die Wohnungen gebaut sind, desto weniger verfügen sie über diese Einrichtungen. Für die größeren und komfortableren Wohnungen ist allerdings auch ein höherer Preis zu zahlen (dazu siehe Kapitel 1,1).

Langlebige Gebrauchsgüter

Die Ausstattung der verschiedenen Haushaltstypen mit langlebigen Gebrauchsgütern ist hauptsächlich von der Höhe des Haushaltseinkommens, von der Haushaltsgröße, von der sozialen Stellung und vom Lebensalter des Haushaltsvorstandes abhängig. Ungeachtet dessen haben sich die Unterschiede im Versorgungsgrad im Zeitablauf erheblich reduziert. Bei einigen Gütern mit besonderer Bedeutung für die Haushaltsführung – wie Kühlschränke und Staubsauger –, aber auch für Radio- und Fernsehgeräte, ist nahezu Vollver-

sorgung erreicht. Weitere Güter des gehobenen Bedarfs – z. B. Gefriergeräte und Geschirrspülmaschinen – dringen in immer mehr Haushalte vor. Der Anteil der privaten Haushalte mit Telefonanschluß hat sich von 31 Prozent 1969 auf 70 Prozent im Jahr 1978 erhöht.

Bestand an Kraftfahrzeugen

Der Gesamtbestand an Personenkraftwagen (einschl. Kombinationskraftwagen) ist von 929 000 im Jahr 1952 bis 1978 auf 21 Millionen gestiegen. Anfang 1978 verfügten 62 Prozent aller Haushalte über Personenkraftwagen. Während 1952 nur 10 Prozent aller zugelassenen Fahrzeuge auf abhängig Erwerbstätige (Arbeiter, Angestellte, Beamte) entfielen, waren es 1978 bereits 72 Prozent.

Freizeitgüter

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes gaben 1978 im Durchschnitt je Monat 348 DM für Waren und Dienstleistungen aus, die im weitesten Sinn für die Freizeit bestimmt waren. Dies entspricht einem Anteil von etwa 16 Prozent an den Gesamtaufwendungen für den Privaten Verbrauch. Rund ein Drittel davon floß in die Urlaubskasse. Weitere wichtige Posten im Freizeitbudget sind

Über die zusammenfassende Darstellung des Privaten Verbrauchs hinaus (vgl. Kapitel 9) vermitteln einige ausgewählte statistische Angaben zusätzliche Anhaltspunkte für die Beurteilung des allgemeinen Lebensstandards. Dazu gehören insbesondere Angaben über die Wohnsituation der Haushalte, über ihre Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern und über das Freizeitverhalten der Bevölkerung.

Wohnungsausstattung

Neben der quantitativen Versorgung mit Wohnraum (vgl. Kapitel 4) hat sich auch die Ausstattung der Wohnungen verbessert. Bad und Zentralheizung sind heute für nahezu alle neu fertiggestellten Wohnungen selbstverständlich. Gemessen am gesamten Wohnungsbestand waren 1978 in 93 Prozent aller Wohnungen Bad

Bestand an Personenkraftwagen

Stichtag 1.7.	Insgesamt 1)	Darunter bei abhängig Erwerbstätigen				
		zusammen	Beamte	Angestellte	Arbeiter	
						1 000
1952 2)	929	91	9,8	2,1	6,6	1,1
1960	4 489	2 215	49,3	7,1	19,0	23,2
1965	9 267	5 947	64,2	8,1	22,5	33,6
1970	13 941	9 684	69,5	9,0	26,5	34,0
1975	17 898	12 852	71,8	9,4	30,5	31,9
1978	21 212	15 286	72,1	9,3	32,0	30,8

1) Einschl. Kombinationskraftwagen. – 2) Ohne Saarland.

die Ausgaben für das Auto, für Fernseh-, Rundfunk- und Phonogeräte sowie für Bücher, Broschüren, Zeitungen und Zeitschriften.

Urlaubs- und Erholungsreisen

Im Zeitraum April 1977 bis März 1978 unternahmen 29,1 Millionen Personen,

Urlaubs- und Erholungsreisen *)

Mill.

Reisende Verkehrsmittel	1969 ¹⁾	1972 ²⁾	1977/ 1978 ³⁾
Reisende			
Insgesamt	22,0	24,3	29,1
Reisen Inland			
Insgesamt	15,7	12,7	16,2
davon mit:			
Pkw	8,5	7,6	10,9
Eisenbahn	5,7	4,0	3,9
Flugzeug	0,3	0,2	0,1
Bus	1,1	0,8	1,0
sonstigem Verkehrsmittel	0,1	0,1	0,3
Ausland			
Insgesamt	10,4	14,8	20,6
davon mit:			
Pkw	6,6	9,1	13,1
Eisenbahn	1,6	2,0	1,9
Flugzeug	1,3	2,7	3,9
Bus	0,7	0,7	1,3
sonstigem Verkehrsmittel	0,2	0,3	0,4
Insgesamt			
Insgesamt	26,1	27,5	36,8
davon mit:			
Pkw	15,1	16,7	24,1
Eisenbahn	7,3	5,9	5,7
Flugzeug	1,6	2,9	4,0
Bus	1,8	1,5	2,3
sonstigem Verkehrsmittel	0,3	0,5	0,7

*) Ergebnisse des Mikrozensus.

1) Oktober 1968 bis September 1969. — 2) Januar bis Dezember 1972. — 3) April 1977 bis März 1978.

d. h. 47,4 Prozent der Bevölkerung, Urlaubs- und Erholungsreisen von mindestens fünftägiger Dauer. Da ein Teil der Bevölkerung mehrfach in Urlaub fuhr, lag die Zahl der Urlaubs- und Erholungsreisen mit 36,8 Millionen höher als die Zahl der reisenden Personen.

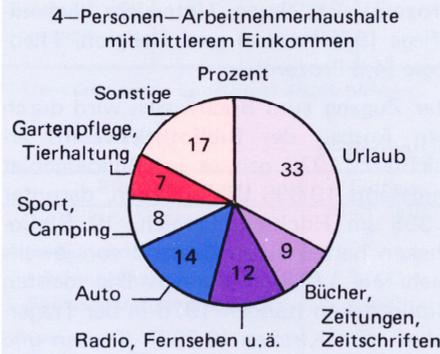
56 Prozent der Ferienreisen führten ins

Ausland und 44 Prozent an einen inländischen Urlaubsort. Bevorzugte Zielländer im Bundesgebiet waren Bayern (30 Prozent), Baden-Württemberg (14 Prozent), Schleswig-Holstein (15 Prozent) und Niedersachsen (12 Prozent). Die beliebtesten Ziele im Ausland waren Österreich (25 Prozent), Italien (17 Prozent), Spanien/Portugal (14 Prozent) und Jugoslawien (7 Prozent).

Insgesamt wurden von April 1977 bis März 1978 26,3 Milliarden DM für Reisen ausgegeben; darunter 17,9 Milliarden DM für Auslandsaufenthalte. Im Durchschnitt ließen sich die Inlandsreisenden den Urlaub 516 DM kosten, während die Auslandsreisenden 869 DM ausgaben.

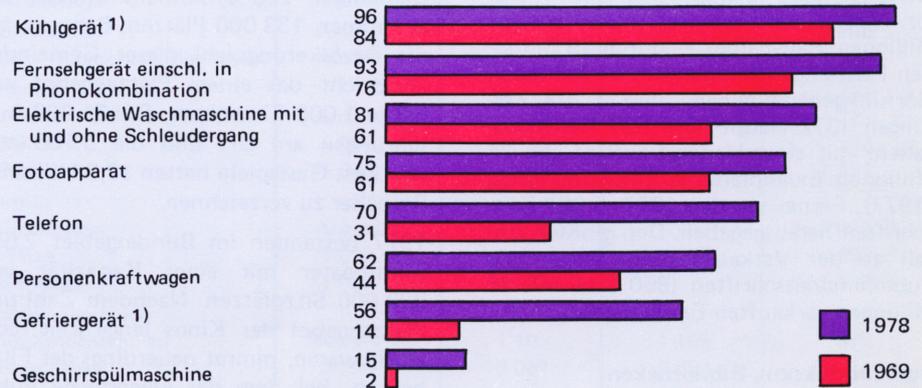
Als Verkehrsmittel wurde am häufigsten sowohl für Inlandsreisen (67 Prozent) als auch für Auslandsreisen (64 Prozent) der Personenkraftwagen benutzt. Mit deutlichem Abstand folgten Bahnreisen. Im Reiseverkehr mit dem Ausland ist der Anteil von Flugreisen besonders hoch (19 Prozent).

Aufwendungen für Freizeitgüter 1978



Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern 1969 und 1978

Von jeweils 100 Haushalten besaßen:



1) Einschl. in Kühl- und Gefrierkombination.

13

Kultur, Unterhaltung,
Sport

Fernsehen, Hörfunk, Presse

Das Informations- und Unterhaltungsangebot von Fernsehen, Hörfunk und Presse wird von der Bevölkerung in vielfältiger Weise genutzt. Dokumentiert wird dies für 1978 – bei einer Gesamtzahl von 24 Millionen Haushalten – durch 19 Millionen Fernsehgenehmigungen, 21 Millionen Hörfunkgenehmigungen und 1 202 Zeitungen (372 Haupt- und 830 Nebenausgaben) mit einer Verkaufsauflage von 24 Millionen Exemplaren je Erscheinungstag (1977). Ferner wurden 1977 5 087 Zeitschriften herausgegeben. Den größten Anteil an der Verkaufsauflage hatten die Publikumszeitschriften (850 Titel mit 78 Millionen verkauften Exemplaren).

Buchproduktion, Bibliotheken

Auch bei veränderten Informationsmöglichkeiten und -gewohnheiten haben

Bücher ihre Bedeutung als Quelle des Wissens und der Unterhaltung behauptet. Hiervon zeugt die kontinuierlich wachsende Zahl der aufgelegten Buchtitel. 1978 wurden 43 270 Erst- und 9 867 Neuauflagen gezählt, gegenüber 17 639 bzw. 4 885 im Jahr 1960. Nach Sachgebieten gegliedert entfiel der weitaus größte Teil auf Schöne Literatur (27,4 Prozent). Es folgten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Statistik (8,0 Prozent), Recht, Verwaltung (5,7 Prozent), Erziehung, Unterricht, Jugendpflege (5,2 Prozent) und Religion, Theologie (4,8 Prozent).

Der Zugang zum Buchwissen wird durch den Ausbau des Bibliothekswesens erleichtert. 1978 gab es im Bundesgebiet insgesamt 19 696 Bibliotheken, darunter 3 355 im Hochschulbereich. 19 Bibliotheken hatten einen Bestand von jeweils mehr als 1 Million Bänden. Die meisten Bibliotheken standen 1978 in der Trägerschaft von Kirchen (8 293), Kreisen und Gemeinden (6 239) sowie der Länder (3 712).

Theater, Film

In der Spielzeit 1977/78 unterhielten 73 Gemeinden 223 öffentliche Theater mit zusammen 133 000 Plätzen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl dieser Gemeinden entspricht das einem Platzangebot von 6,8 je 1 000 Einwohner. Die 31 000 Aufführungen am Ort und die 5 700 auswärtigen Gastspiele hatten 17,5 Millionen Besucher zu verzeichnen.

1977 bestanden im Bundesgebiet 2 698 Filmtheater mit einer Kapazität von 820 000 Sitzplätzen. Nachdem Zahl und Platzangebot der Kinos lange Zeit rückläufig waren, nimmt neuerdings der Filmbesuch, bei dem das jugendliche Publikum überwiegt, deutlich zu. Unter den 426 Unternehmen, die 1977 Filme pro-

duzierten, waren 114 Hersteller von Kinofilmen.

Museen

Einen bedeutenden Faktor im kulturellen Leben stellen die 1 700 Museen und ähnlichen Einrichtungen unterschiedlicher Fachgebiete und Trägerschaft dar, die am Jahresende 1978 gezählt wurden und insgesamt 33 Millionen Besucher aufwiesen.

Volkshochschulen

Als wichtige Träger der Erwachsenenbildung haben 1978 die 873 Volkshochschulen mehr als 250 000 Kurse, Lehrgänge und Arbeitsgemeinschaften sowie über 60 000 Einzelveranstaltungen und Vortragsreihen durchgeführt. Insgesamt wurden 1978 7,4 Millionen Belegungen vorgenommen. Gegenüber 1960 hat sich die Gesamtzahl der Veranstaltungen damit knapp verdreifacht, die der Belegungen um etwa 20 Prozent erhöht.

Sport

Dem Deutschen Sportbund, als Spitzenverband der Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland, waren 1978 insgesamt 48 380 Vereine angeschlossen. Unter den 13,1 Millionen aktiven und passiven Mitgliedern überwogen die Männer mit 8,7 Millionen. Etwa ein Viertel der Mitglieder waren Jugendliche unter 15 Jahren.

Gemessen an den Mitgliederzahlen steht bei den Sportarten der Fußball mit Abstand an der Spitze (1978: 4,0 Millionen Mitglieder), gefolgt von Turnen (2,9 Millionen), Tennis (1,0 Millionen), Schießen (1,0 Millionen), Leichtathletik (0,7 Millionen), Handball und Schwimmen (je 0,6 Millionen).

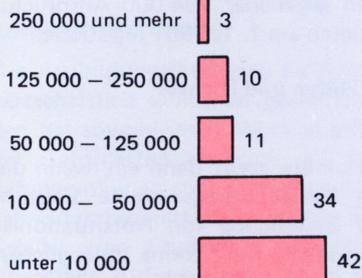
1978 wurden insgesamt 417 000 Sportabzeichen verliehen, davon 218 000 an Jungen und Männer, 199 000 an Mädchen und Frauen.

Zeitungen und Zeitschriften 1977

Prozent

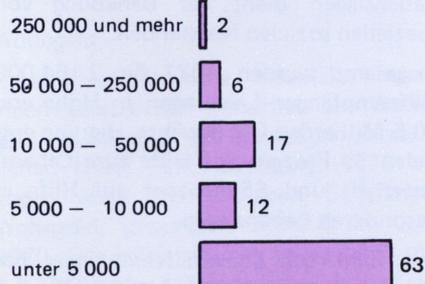
Zeitungen (Hauptausgaben)

Verkaufsaufgabe
von ... bis unter ... Exemplaren



Zeitschriften

Verkaufsaufgabe
von ... bis unter ... Exemplaren



Aktive und passive Mitglieder in Sportvereinen *)

Jahr	Vereine	Aktive und passive Mitglieder			dar.: unter 15 Jahren		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
1978	48 380	13 091 440	8 720 030	4 371 410	3 466 685	1 959 370	1 507 315
darunter nach Sportbünden							
1 000							
Fußball	4 010	3 676	334	739	739	.
Turnen	2 916	1 058	1 858	1 273	454	819
Tennis	1 006	556	450	119	62	57
Schießen	985	847	138	45	35	9
Leichtathletik	712	404	308	282	138	144
Handball	609	443	166	152	102	50

*) Dem Deutschen Sportbund angeschlossen.

Kulturelle Einrichtungen

Einrichtung	Einheit	1960	1970	1978
Hörfunk und Fernsehen				
Hörfunkgenehmigungen . . .	1 000	15 892	19 622	20 724 ¹⁾
Fernsehenehmigungen . . .	1 000	4 637	16 675	19 019 ¹⁾
Presse				
Zeitungen ²⁾	Anzahl	.	.	1 202 ³⁾
Verkaufsaufgabe ⁴⁾	1 000	.	.	23 983 ³⁾
Zeitschriften	Anzahl	.	.	5 087 ³⁾
Verbreitete Auflage ⁵⁾ . . .	1 000	.	.	207 561 ³⁾
Buchproduktion				
Erstauflagen	Anzahl	17 639	38 703	43 270
Neuauflagen	Anzahl	4 885	8 393	9 867
Bibliotheken	Anzahl	.	.	19 696
dar.: Hochschulbibliotheken	Anzahl	.	.	3 355
Öffentliche Theater				
Theater	Anzahl	137	194	223
Plätze	1 000	90	127	133
Besucher	1 000	19 878	17 655	17 484
Film				
Filmtheater	Anzahl	.	.	2 698 ³⁾
Plätze	1 000	.	.	820 ³⁾
Besucher	1 000	.	.	111 119 ³⁾
Volkshochschulen				
Volkshochschulen	Anzahl	1 101	1 169	873
Belegungen	1 000	6 067	5 693	7 371

1) Nur gebührenpflichtige Teilnehmer. — 2) Haupt- und Nebenausgaben. — 3) 1977. — 4) Je Erscheinungstag. — 5) Verkaufte und unentgeltlich abgegebene Auflage je Erscheinungstag.

14

Soziale Sicherung

der Versicherten, der Arbeitgeber und aus Zuweisungen der öffentlichen Hand finanziert werden. Im Vergleich zu 1960 (62,8 Milliarden DM) hat sich das Volumen des Sozialbudgets – bei einer Vervierfachung des Bruttosozialprodukts – auf mehr als das Sechsfache erhöht.

Allgemeine Systeme

Sozialversicherung

Als wichtigste Säule des Systems der sozialen Sicherheit erbrachten die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung 1978 Leistungen in Höhe von 230 Milliarden DM (1960: 32 Milliarden DM).

Nahezu die gesamte Bevölkerung steht unter Krankenversicherungsschutz. Im April 1978 waren 99,7 Prozent entweder selbst oder als Familienmitglied in irgendeiner Form krankenversichert.

Von den Erwerbstätigen gehörten 1978 47 Prozent der Rentenversicherung der Arbeiter, 38 Prozent der Rentenversicherung der Angestellten und 1 Prozent der Knappschaftlichen Rentenversicherung an. Der Rentenbestand belief sich 1978 auf insgesamt 12,7 Millionen.

Arbeitsförderung

Bedingt durch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit haben die Aufwendungen für Arbeitslosengeld und -hilfe von 0,7 Milliarden DM im Jahr 1970 auf 8,2 Milliarden DM im Jahr 1978 zugenommen. Die Ausgaben zur Förderung der beruflichen Bildung im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes verdoppelten sich im gleichen Zeitraum von 0,8 Milliarden DM auf 1,6 Milliarden DM.

Kindergeld

Kindergeld wird seit 1975 unter Wegfall von Einkommensgrenzen an alle Familien

mit Kindern nach einheitlichen Sätzen gewährt, die nach der Kinderzahl gestaffelt sind. 1978 erhielten 7,2 Millionen Familien Kindergeld für 13,1 Millionen Kinder. Dafür wurden 1978 12,0 Milliarden DM aufgewendet (1974: 3,1 Milliarden DM).

Entschädigungen

1978 empfangen noch 2,1 Millionen Versorgungsberechtigte Leistungen der Kriegsoferversorgung. Gegenüber 1960 bedeutet dies einen Rückgang von 36 Prozent. Im Rahmen der Kriegsopferversorge wurden 1978 für laufende und einmalige Leistungen insgesamt 925 Millionen DM ausgegeben. Im Lastenausgleich wurden am 1. 1. 1979 noch 296 000 Empfänger von Kriegsschadenrente und laufenden Beihilfen gegenüber 794 000 Anspruchsberechtigten am 1. 1. 1961 registriert.

Soziale Hilfen und Dienste

Sozialhilfe

Die Sozialhilfe greift dann ein, wenn die anderen Sozialleistungssysteme Leistungen zur Beseitigung von Notsituationen nicht vorsehen oder keine zulänglichen Hilfen erbringen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt deckt Grundbedürfnisse des täglichen Lebens ab und wird weitgehend nach Leistungspauschalen (Regelsätzen) berechnet. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen dient der Behebung von speziellen sozialen Notständen.

Insgesamt wurden 1977 für 2 164 000 Hilfeempfänger Leistungen in Höhe von 10,5 Milliarden DM gewährt. Hiervon entfielen 35 Prozent auf Hilfe zum Lebensunterhalt und 65 Prozent auf Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich zwischen 1963 (1 466 000) und 1977 (2 164 000) um etwa die Hälfte er-

Einen zusammenfassenden Überblick über das System der sozialen Sicherheit vermittelt das Sozialbudget der Bundesregierung. Es unterscheidet die „Allgemeinen Systeme“ mit den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung und dem Kindergeld sowie die Leistungskategorien „Entschädigungen“ und „Soziale Hilfen und Dienste“. Diese globale Darstellung wird im folgenden ergänzt durch Angaben aus verschiedenen Statistiken der Sozialleistungen, die mit den Angaben im Sozialbudget nicht voll vergleichbar sind.

Ausgaben für soziale Sicherung

An Gesamtleistungen werden im Sozialbudget für 1978 403 Milliarden DM ausgewiesen, die hauptsächlich aus Beiträgen

höht, während sich der Aufwand fast sechsfach hat (von 1,8 auf 10,5 Milliarden DM).

Öffentliche Jugendhilfe

Die öffentliche Jugendhilfe umfaßt die aus öffentlichen Mitteln geleisteten Hilfen im Bereich der Jugendfürsorge, der Hilfen zur Erziehung und der Jugendarbeit. Der Aufwand, zu dem auch die Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe gehören, belief sich 1977 auf insgesamt 4,1 Milliarden DM gegenüber 0,6 Milliarden DM im Jahr 1963. 1977 standen an Einrichtungen der Jugendhilfe u. a. 23 400 Kindergärten, 2 600 Kinderhorte, 1 100 Säuglings- und Kinderheime sowie 6 700 Jugendbüchereien zur Verfügung.

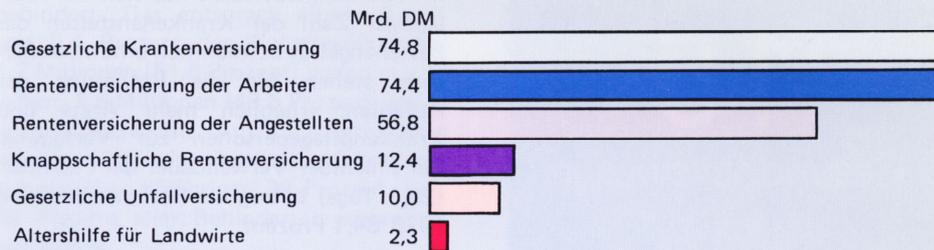
Ausbildungsförderung

Die Ausbildungsförderung für Kinder aus wirtschaftlich schlechter gestellten Familien hat sowohl im Hinblick auf die Zahl der Geförderten als auch auf das Förderungsvolumen steigende Bedeutung. Im Jahresdurchschnitt 1977 wurden 587 000 Schüler und Studenten gefördert. Der finanzielle Aufwand dafür belief sich auf 2,5 Milliarden DM; dies entspricht einem durchschnittlichen Förderungsbetrag von 361 DM im Monat je Geförderten (1975: 327 DM).

Wohngeld

Einkommensschwache Haushalte haben einen gesetzlichen Anspruch auf Wohngeld als Zuschuß des Staates zur tatsächlichen Miete bzw. Belastung. 1978 bezogen etwa 1,6 Millionen Empfänger Wohngeld, gegenüber 908 000 im Jahr 1970. Der geleistete Betrag lag 1978 mit 1,8 Milliarden DM dreimal höher als 1970.

Leistungen der Sozialversicherung 1978



Ausgewählte Sozialleistungen

Sozialleistungsart	Leistungen				Einheit	Personenkreis			
	1960	1970	1977	1978		1960	1970	1977	1978
	Mill. DM					1 000			
Gesetzliche Krankenversicherung .	9 513	25 179	69 823	74 788	Mitglieder ¹⁾	27 060	30 646	33 831	34 381
Gesetzliche Unfallversicherung .	1 789	4 881	9 504	9 995	Versicherte .	26 350	26 050	26 634	26 963
Rentenvers. der Arbeiter . . .	12 164	31 939	74 248	74 385	Rentenbestand . .	5 399	6 922	8 295	8 365
Rentenvers. der Angestellten . .	5 719	16 409	56 200	56 784	Rentenbestand . .	1 886	2 537	3 487	3 612
Knappschaftl. Rentenversicherung .	2 688	6 131	11 884	12 391	Rentenbestand . .	691	753	726	732
Arbeitslosengeld und -hilfe . . .	633	722	8 155	8 150	Leistungsempfänger	226	113	721	673
Kindergeld .	876	2 841	11 114	12 024	Kinder ²⁾ . .	2 007	5 071	13 458	13 124
Sozialhilfe .	.	3 335	10 452	11 349	Empfänger .	.	1 491	2 164	...
Jugendhilfe .	.	1 379	4 085	4 427		X	X	X	X
Kriegsopferversorgung	3 474 ³⁾	6 430	12 446	12 981	Anerkannte Versorgungsberechtigte	3 253	2 564	2 141	2 080
Lastenausgleich .	X	X	X	X	Empfänger .	794	536	317	296
Wohngeld . .	—	599	1 473	1 789	Empfänger .	—	908	1 467	1 561

1) Einschl. Rentner. — 2) Kinder, für die Kindergeld gewährt wird. — 3) Ohne Saarland.

15

Gesundheitswesen

zwischen 1960 und 1978 stark gestiegen. Im Krankenhauswesen hat sich bei rückläufiger Zahl der Krankenanstalten das Bettenangebot beträchtlich erhöht; außerdem stehen für die Betreuung der Patienten erheblich mehr Ärzte und Krankenpflegepersonen zur Verfügung. Bei sinkender Verweildauer der Patienten (20,3 Tage) betrug die Bettenausnutzung 1978 84,1 Prozent.

Gesundheitszustand, Krankheiten

Eine laufende, umfassende Statistik des Gesundheitszustandes der gesamten Bevölkerung wird in der Bundesrepublik Deutschland nicht durchgeführt. Gewisse Aufschlüsse über das wachsende Gesund-

heitsbewußtsein vermitteln Angaben über die Inanspruchnahme der Krankheitsfrüherkennungsuntersuchungen bei Kindern und Erwachsenen. Außerdem liegen aus dem Mikrozensus in zweijährigen Abständen u. a. Angaben über Krankheiten und Unfälle vor. Die Beurteilung des Gesundheitszustandes beruht bei dieser Statistik auf einer Selbsteinschätzung der Befragten, die nicht unbedingt mit den medizinisch gesicherten Angaben übereinstimmen muß.

Nach den letzten verfügbaren Ergebnissen vom Mai 1976 gab jeder sechste Einwohner an, daß er zum Zeitpunkt der Erhebung oder in den davorliegenden vier Wochen krank oder unfallverletzt war.

Einrichtungen und Berufe des Gesundheitswesens

Zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung waren in der Bundesrepublik Deutschland 1978 u. a. rd. 130 000 Ärzte, 32 500 Zahnärzte, 27 500 Apotheker und 245 000 Krankenpflegepersonen tätig. Von den Ärzten arbeiteten rd. 45 Prozent in freier Praxis, 46 Prozent hauptamtlich im Krankenhaus und 9 Prozent in Verwaltung und Forschung. Ein Arzt hatte 1978 472 Einwohner zu versorgen, gegenüber 705 im Jahr 1960.

Die Zahl der Zahnärzte ist zwischen 1960 und 1978 nahezu konstant geblieben. Dies führte dazu, daß 1978 ein Zahnarzt im Durchschnitt 1 888 Einwohner zu betreuen hatte, gegenüber 1 721 im Jahr 1960. Die Zahl der Apotheken und des darin beschäftigten Fachpersonals ist

Einrichtungen und Berufe des Gesundheitswesens

Gegenstand der Nachweisung	1960	1970	1978
Anzahl			
Ärzte			
in freier Praxis	49 225	50 731	59 036
mit hauptberuflicher Krankenhaus-tätigkeit	22 646	38 655	59 183
in Verwaltung und Forschung	7 479	10 268	11 814
Insgesamt	79 350	99 654	130 033
davon:			
Fachärzte	32 382	41 647	60 376
Ärzte ohne Facharzt-tätigkeit	46 968	58 007	69 657
Zahnärzte	32 509	31 175	32 482
Apotheken	9 171	11 526	15 340
Apotheker ¹⁾	15 803	20 866	27 480
Krankenhäuser	3 604	3 587	3 328
Betten in Krankenhäusern	583 513	683 254	714 879
Krankenpflegepersonen	121 155	161 117	244 945
je 100 000 Einwohner			
Ärzte insgesamt	142	163	212
Zahnärzte	58	51	52
Apotheken	16	19	25
Apotheker ¹⁾	28	34	45
Betten in Krankenhäusern	1 043	1 120	1 166

1) Nur in Apotheken.

Unter den Krankheitsarten überwogen mit 57 Prozent chronische Leiden. Am häufigsten wurden Krankheiten des Kreislaufsystems, Grippe und andere Krankheiten der Atmungsorgane, Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes sowie Krankheiten der Verdauungsorgane registriert. Die Krankheitshäufigkeit lag bei Frauen höher als bei Männern; sie stieg außerdem mit zunehmendem Alter an.

Einer laufenden Beobachtung unterliegen die übertragbaren meldepflichtigen Krankheiten. Unter anderem durch Schutzimpfungen und verbesserte Hygiene sind die Erkrankungsziffern überwiegend zurückgegangen. Besonders eindrucksvoll zeigt sich dies bei Kinderlähmung und Tuberkulose.

Behinderte

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus

waren im Mai 1976 rd. 3,3 Millionen Personen körperlich, geistig oder seelisch behindert. Das entsprach einem Anteil von 5,4 Prozent der Wohnbevölkerung. 1,7 Millionen (51,5 Prozent) waren männlichen, 1,6 Millionen (48,5 Prozent) weiblichen Geschlechts. Auf die Altersgruppe der unter 25jährigen entfielen 10 Prozent, auf die über 65jährigen 38 Prozent. Nur 28 Prozent aller Behinderten waren erwerbstätig.

Todesursachen

Die statistische Auswertung der Todesursachen zeigt, daß 68 Prozent der Sterbefälle auf zwei Krankheitsgruppen entfallen, und zwar zu rd. 48 Prozent auf Krankheiten des Kreislaufsystems, und zu rd. 20 Prozent auf die bösartigen Neubildungen. An den unnatürlichen Todesursachen mit einem Anteil von 6 Prozent an der Gesamtsterblichkeit waren die

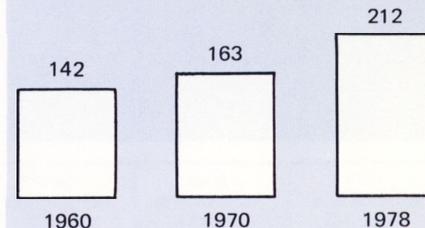
Kraftfahrzeugunfälle mit etwa einem Drittel beteiligt. Die 13 620 Fälle von Selbstmord im Jahr 1978 entsprachen einem Anteil von 2 Prozent an der Gesamtsterblichkeit. Stark rückläufig sind die Mütter- und die Säuglingssterblichkeit.

Erkrankungen an ausgewählten meldepflichtigen Krankheiten

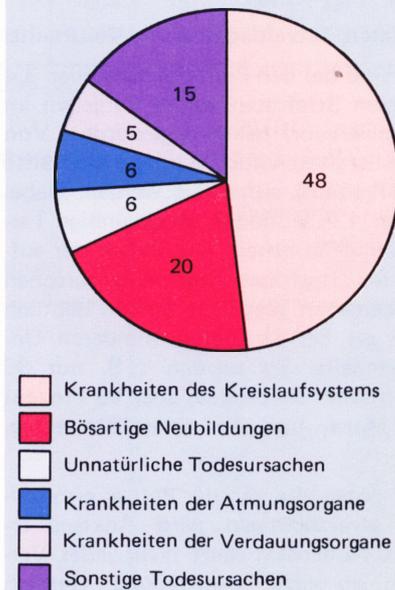
Krankheit	1950	1960	1970	1978	1950	1960	1970	1978
	Anzahl				je 100 000 Einwohner			
Geschlechtskrankheiten	81 884 ¹⁾	59 160	.	.	133,6 ¹⁾	96,5
Tuberkulose 2)	70 325	48 262	31 617 ³⁾	.	126,5	79,6	51,2 ³⁾
Infektiöse Darmentzündung (Enteritis infectiosa)	3 047	12 847	33 439	.	5,5	21,0	54,8
Übertragbare Gehirnentzündung	216	122	178	156	0,4	0,2	0,3	0,3
Übertragbare Kinderlähmung	2 830	4 198	15	11	5,8	7,5	0,0	0,0
Paratyphus A und B	5 428	2 406	540	186	11,2	4,3	0,9	0,3
Bakterielle Ruhr	1 007	3 251	522	2 526	2,6	5,8	0,9	4,3
Bauchtyphus (Typhus abdominalis)	1 548	477	236	.	2,8	0,8	0,4
Scharlach	86 924	28 908	28 955	25 554	190,1	51,9	47,3	41,7
Übertragbare Hirnhautentzündung	859	6 787	5 797	.	1,5	11,2	9,5
Infektiöse Gelbsucht (Hepatitis infectiosa)	21 770	21 377	.	.	35,6	34,9
Diphtherie	42 888	1 965	57	20	85,8	3,5	0,1	0,0

1) 1971. — 2) Zugänge im Berichtsjahr. — 3) 1977.

Ärzte
Je 100 000 Einwohner



Todesursachen 1978
Prozent



16

Straffälligkeit

Straftaten, Tatverdächtige und Verurteilte

1978 sind bei den Polizeidienststellen 3,4 Millionen Straftaten (ohne Vergehen im Straßenverkehr) bekannt geworden. Von diesen Straftaten konnte knapp die Hälfte (44,6 Prozent) aufgeklärt werden. Dabei wurden 1,2 Millionen strafmündige Tatverdächtige ermittelt. Der Anteil der aufgeklärten Straftaten liegt bei Verbrechen und Vergehen gegen die Person deutlich höher als bei Straftaten minderen Unrechtsgehalts. So werden z. B. nur 30 Prozent aller Diebstähle, aber 96 Prozent aller Mord- und Totschlagsfälle aufgeklärt.

Nicht gegen alle von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen wird Anklage erhoben. Außerdem führt nicht jedes Verfahren zu einer Verurteilung. Deshalb liegt die Zahl der Verurteilten niedriger

als die der Tatverdächtigen. 1978 wurden 739 000 Personen wegen einer Straftat verurteilt, darunter 332 000, die sich eines Vergehens im Straßenverkehr schuldig gemacht hatten. Die Zahl der Verurteilten ist sowohl absolut als auch bezogen auf die strafmündige Bevölkerung (Verurteilte je 100 000 Einwohner über 14 Jahre) in den letzten Jahren gestiegen. Betrachtet man kriminologisch wichtige Personengruppen, so ergibt sich im einzelnen ein differenziertes Bild.

Straffälligkeit einzelner Personengruppen

Die Straffälligkeit der Männer war 1978 rd. sechsmal so groß wie die der Frauen. Ungeachtet dessen hat die Beteiligung der Frauen an Straftaten in den letzten Jahren prozentual wesentlich stärker zugenommen.

In der Gliederung nach dem Alter weisen die Heranwachsenden, d. h. die Gruppe der 18 bis unter 21jährigen, die höchste Verurteiltenziffer (bezogen auf je 100 000 Einwohner der gleichen Altersgruppe) auf. Mit geringem Abstand folgen die Jungerwachsenen (21 bis unter 25

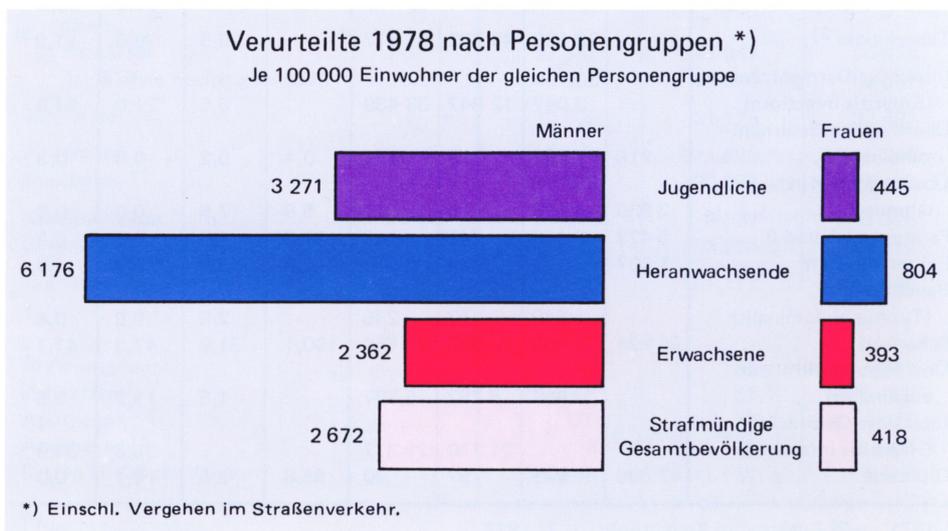
Jahre). Wesentlich niedriger liegt die Jugendkriminalität der 14- bis unter 18jährigen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Straffälligkeit der Jugendlichen im Zeitablauf am stärksten gestiegen ist; die der Erwachsenen hat sich demgegenüber kaum verändert.

Häufigste Straftaten

Mit Abstand am häufigsten und in steigendem Maße werden unter den Straftaten (ohne solche im Straßenverkehr) Eigentumsdelikte begangen. Unter ihnen stehen Diebstahl sowie Betrug und Untreue an vorderster Stelle des Straftatenkatalogs. Auch Urkundendelikte und Unterschlagungen befinden sich unter den 10 am häufigsten begangenen Straftaten, zu denen 1978 u. a. auch Körperverletzung, Unterhaltspflichtverletzungen sowie Beleidigungen gehörten. Bei Jugendlichen entfiel 1978 etwa die Hälfte aller Verurteilten allein auf die Deliktsgruppe „Diebstahl und Unterschlagung“.

Strafvollzug

In den 165 Justizvollzugsanstalten im



Bundesgebiet waren am 31. März 1978 41 557 Strafgefangene untergebracht, von denen 268 unter Sicherungsverwahrung standen. Von den insgesamt 40 165 männlichen und 1 392 weiblichen Strafgefangenen waren 36 899 Erwachsene, 3 778 Heranwachsende und 880 Jugendliche. Gegenüber 1965 hat insbesondere die Zahl der untergebrachten Erwachsenen (44 836) und Frauen (2 550) abgenommen. Auf je 100 000 strafmündige Einwohner kamen 1978 insgesamt 83 Strafgefangene, gegenüber 107 im Jahr 1965. Bei Männern betrug die entsprechende Verhältniszahl 1978 171 und 1965 220, bei Frauen 1978 5 und 1965 10. Altersmäßig gehörten 1978 von den Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten 29 Prozent zur Altersgruppe unter 25 Jahren; 51 Prozent waren zwischen 25 und 40 Jahre alt und 20 Prozent 40 Jahre und älter. 74 Prozent der Gefangenen waren vorbestraft; der Anteil lag bei Männern (75 Prozent) höher als bei Frauen (52 Prozent). Eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßten am 31. März 1978 insgesamt 979 Personen; davon waren 932 Männer und 47 Frauen.

Bewährungshilfe

Der Bewährungshilfe werden Straffällige unterstellt, denen entweder im Urteil Strafaussetzung oder nach Verbüßung eines Teils der erkannten Freiheits- bzw. Jugendstrafe vorzeitige Entlassung gewährt worden ist. Am 31. 12. 1977 gab es 71 125 Bewährungsaufsichten, und zwar 66 232 Unterstellungen männlicher und 4 893 Unterstellungen weiblicher Personen. Knapp die Hälfte (47 Prozent) der Unterstellten waren nach Jugendstrafrecht verurteilt. Die Zahl der hauptamtlichen Bewährungshelfer lag Ende 1977 (1 351) mehr als doppelt so hoch wie Ende 1965 (518).

Verurteilte

Jahr	Verurteilte					
	insgesamt		ohne		wegen	
	1 000	Ziffer 1)	Vergehen im Straßenverkehr			
	1 000	Ziffer 1)	1 000	Ziffer 1)	1 000	Ziffer 1)
1965	570	1 234	291	630	279	604
1970	643	1 346	335	701	308	645
1975	665	1 343	367	742	297	601
1978	739	1 473	407	811	332	662

1) Verurteilte je 100 000 strafmündige (14 Jahre und ältere) Einwohner.

Verurteilte 1978 nach Personengruppen

Verurteilte	Insgesamt		Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre)		Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre)		Jung- erwachsene (21 bis unter 25 Jahre)		Voll- erwachsene (25 Jahre und älter)	
	1 000	Ziffer	1 000	Ziffer 1)	1 000	Ziffer 1)	1 000	Ziffer 1)	1 000	Ziffer 1)
Männlich . . .	628	2 672	67	3 271	88	6 176	100	5 773	373	2 039
Weiblich . . .	111	418	9	445	11	804	15	890	77	355
Insgesamt .	739	1 473	76	1 892	98	3 562	115	3 367	450	1 125

1) Verurteilte je 100 000 Einwohner der gleichen Personengruppe.

Verurteilte 1978 nach den 10 häufigsten Straftaten

Straftat (Verbrechen und Vergehen nach dem Strafgesetzbuch)	Verurteilte	
	Anzahl	je 100 000 Einwohner über 14 Jahre
Diebstahl	162 353	324
Betrug und Untreue	41 594	83
Körperverletzung	27 703	55
Urkundendelikte	15 166	30
Verletzung der Unterhaltspflicht	10 029	20
Sachbeschädigung	8 068	16
Beleidigung und üble Nachrede, Verleumdung	7 617	15
Unterschlagung	6 235	12
Gegen die sexuelle Selbstbestimmung	6 114	12
Begünstigung und Hehlerei	6 084	12

Die in dieser Schrift enthaltenen Angaben bilden nur einen kleinen Ausschnitt aus dem reichhaltigen Zahlenmaterial der amtlichen Statistik. Weiter aufgegliederte Daten aus allen Sachgebieten enthält das „Statistische Jahrbuch“. Über die neuesten statistischen Methoden und Ergebnisse berichtet monatlich in Text, Zahl und Schaubild die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“. Ausgewählte aktuelle Daten erscheinen wöchentlich im „Statistischen Wochendienst“. Sachlich und regional detailliertere Ergebnisse aus einzelnen Sachbereichen werden laufend im Rahmen von „Fachserien“ herausgegeben.

Veröffentlichungsverzeichnisse und Einzelprospekte sind kostenlos entweder beim Statistischen Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, Postfach 5528, 6200 Wiesbaden, Tel. (06121) 75 21 02

oder beim

Verlag W. Kohlhammer GmbH, Philipp-Reis-Straße 3, Postfach 421120, 6500 Mainz 42 (Hechtsheim), Tel. (06131) 5 93 44 erhältlich.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt.

Verlag: W. Kohlhammer GmbH Stuttgart und Mainz.

Best.-Nr. 1040200 – 80900; Preis: DM 3,—